

ZIVILER BEVÖLKERUNGSSCHUTZ



12. JAN. 1964

ZB



Der Schutz der Zivilbevölkerung ist ein Anliegen aller Völker geworden. In Ausstellungen des Bundesluftschutzverbandes hat der Besucher Gelegenheit, Einblick in die internationalen Publikationen zu nehmen.

- Für einen umfassenden Zivilschutz
- Überlebenschance im Atomzeitalter
- Hubschrauber, Samariter der Luft
- Brandschutz in einem Warenhaus

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesluftschutzverband Nr. 12 · Dez. 1963 · 8. Jahrgang Preis des Einzelheftes DM 1,50

Ein Unglück kommt selten allein . . .

Die Unfallstatistik beweist: Oft warten zwei oder drei Verletzte am Unfallort auf Hilfe! Diese Erfahrung muß bei der Anschaffung eines Krankenwagens ausschlaggebend sein. Wäre es nicht kurzsichtig, nur an den Kranken-Einzeltransport zu denken?

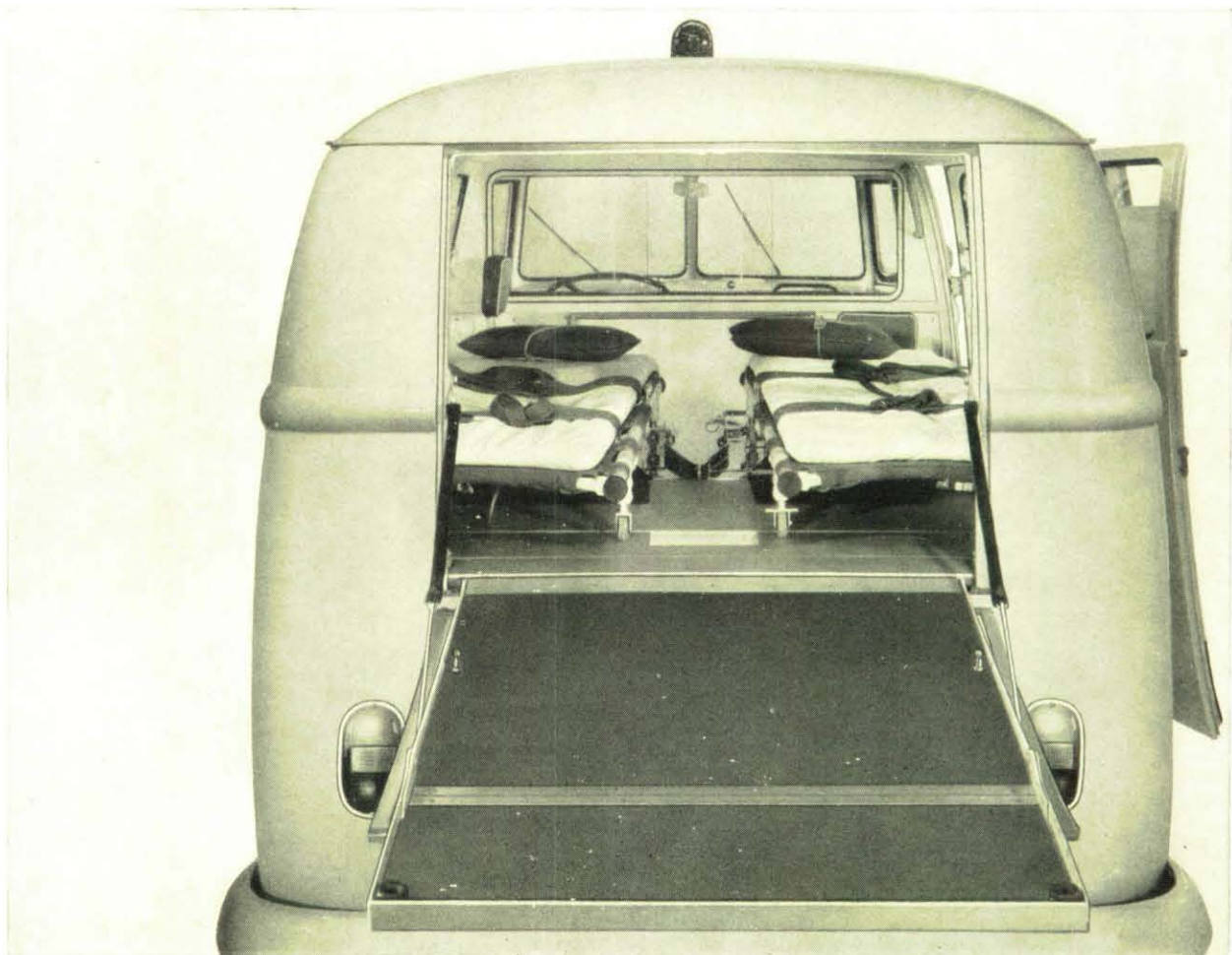
Der VW-Krankenwagen ist eine fahrende Rettungsstation, weil er gleichzeitig 3 Verletzte befördern kann. Darüber hinaus: Arzt oder Helfer haben alle Bewegungsfreiheit, sofort einzugreifen — bereits während der Fahrt ins Krankenhaus!

Zwei Krankentragen und ein Krankentragesessel, oder — wenn eine Trage frei bleibt — ein weiterer Krankentragesessel stehen für Verletzte und Kranke bereit. Klappsitz, großer Betreuungsschrank, Ablagen für Arm- und Beinschienen — das ist die Ausrüstung für das Begleitpersonal. Außerdem ist reichlich Platz für Sanitätskasten und Sauerstoffgerät.

Unfallkommandos, Feuerwehr und Krankenhilfsorganisationen, Werk-, Werft- und Gruben-Unfalldienste — alle leisten im Ernstfall mit dem VW-Krankenwagen schnelle, wirksame und umfassende Hilfe! Seine Ausstattung: reichhaltig, durchdacht, zweckmäßig! Sein Raum: großzügig bemessen! Sein Preis: niedriger als es dieser hohe Gegenwert vermuten läßt!

Darum: Entscheiden Sie sich für die größtmögliche Hilfe. Entscheiden Sie sich für den VW-Krankenwagen!

Volkswagenwerk AG Wolfsburg



INHALT

Rückblick und Dank	1
Zivilschutz jeder Notlage gewachsen • Bezirksstellenleiter tagten in Würzburg	2
Überlebens-Chancen im Atomzeitalter • Fachleute diskutierten in Bad Boll	7
„Wir Bürger unserer schönen Stadt“ • Selbstschutzwoche in Heidelberg	11
„Unser Selbstschutz“ unterwegs	14
In Kürze	17
ZB im Bild	18
Mit Strickleiter und Seilwinde • Hub-schrauber als Samariter der Luft	20
Brandschutz im Warenhaus	24
Schutz der Kulturgüter bei bewaffneten Konflikten	26
Kochen — einmal anders • Frauen sammeln Erfahrungen mit Behelfskochstellen	28
DRK-Präsident Ritter von Lex vollendete sein 70. Lebensjahr	30
Landesstellen berichten	31

Herausgeber: Bundesluftschutzverband, Köln
Bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts

Chefredakteur: Fried. Walter Dinger, Redakteure: Helmut Freutel, Alfred Kirchner, Dr. phil. Clemens Schocke, alle in 5000 Köln, Merlostraße 10—14, Tel. 7 01 31, Druck, Verlag und Anzeigenverwaltung: Münchner Buchgewerbehaus GmbH, 8000 München 13, Schellingstraße 39—41, Tel. 22 13 61. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Hans Horsten. Z. Z. gilt Anzeigenpreisliste 3/D. Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Bei Einsendungen Rückporto beifügen. Für unverlangte Beiträge keine Gewähr. — Photomechanische Vervielfältigungen für den innerbetrieblichen Gebrauch nach Maßgabe des Rahmenabkommens zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie gestattet. Als Gebühr ist für jedes Blatt eine Wertmarke von DM —,10 zu verwenden. — Diese Zeitschrift erscheint monatlich. Einzelpreis je Heft DM 1,50 zuzüglich Porto (Österreich: 6S 10,—, Schweiz: Fr. 1,80, Italien: L 250). Abonnement: vierteljährlich DM 4,50 zuzüglich DM 0,09 Zustellgebühr. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalender- vierteljahres erfolgen. Sie muß spätestens an dessen erstem Tag beim Verlag eingehen. Bestellungen bei jedem Postamt oder beim Verlag.



Liebe Helferinnen und Helfer!

Ein arbeitsreiches Jahr geht zu Ende. Es liegt nahe, Rückblick zu halten auf das, was geleistet und erreicht werden konnte. Das Jahr 1963 hat hohe Anforderungen, die oft bis an die Grenze des Zumutbaren gingen, an die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter gestellt. Die heftige Diskussion in der Öffentlichkeit zu Anfang des Jahres hat dazu geführt, daß der BLSV noch intensiver als bisher in der Öffentlichkeitsarbeit tätig wurde. Presse, Rundfunk und Fernsehen haben seine Bemühungen unterstützt und in bisher ungewohntem Umfang Für und Wider des zivilen Bevölkerungsschutzes diskutiert.

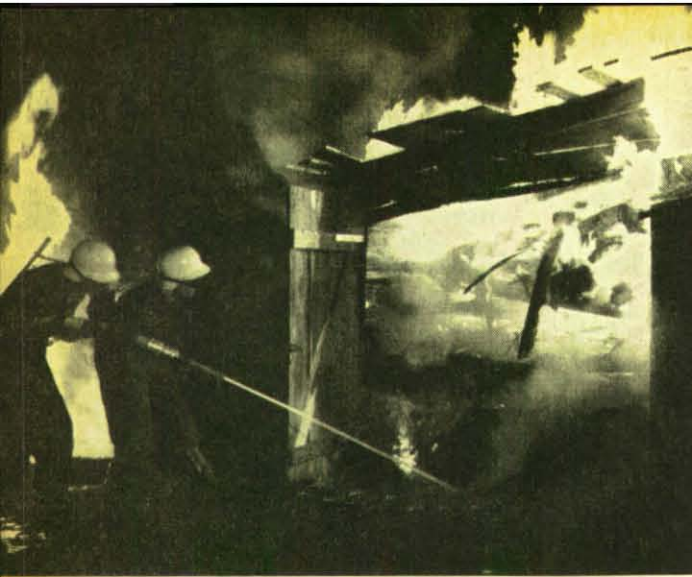
Der Bundesminister des Innern beauftragte den Bundesluftschutzverband als tragenden Faktor einer großen Aufklärungsaktion, die das Ziel hatte, die Bevölkerung mit den geplanten Notstandsgesetzen bekannt zu machen. Höhepunkte dieser Aufklärungsaktion waren die Tagung in Würzburg in der Zeit vom 17. bis 18. Oktober, die zu einem internationalen Treffen des europäischen Zivilschutzes wurde, die Arbeitstagung in der Evangelischen Akademie in Bad Boll am 19./20. Oktober, bei der in einem Podiumsgespräch die Probleme des zivilen Bevölkerungsschutzes mit Wissenschaftlern, Politikern und Vertretern der öffentlichen Meinungsbildung diskutiert wurden, und nicht zuletzt die Eröffnung der D-Zug-Ausstellung durch den Herrn Bundesminister des Innern in Bonn am 15. Oktober. Eine Reihe von erfolgreich durchgeführten Selbstschutzwochen und Pressekonferenzen, verbunden mit der Aktion „Im Wohlstand an den Notstand denken“, haben die Diskussion über Sinn und Wert des Selbstschutzes auf breiteste Ebene getragen. Führende Persönlichkeiten aller Parteien haben ihre positive Einstellung zum Ausdruck gebracht.

Der Aufbau der Selbstschutzorganisation hat weitere gute Fortschritte gemacht; ein Stufenplan für einen Zeitraum von zwei Jahren wurde aufgestellt und mit seiner Verwirklichung begonnen.

Die Ausbildungsarbeit des Verbandes hat der Entwicklung Rechnung getragen und neue Wege beschritten. Dabei lag das Schwergewicht auf der fachlich-praktischen Ausbildung. Einen breiten Raum nahmen die Lehrgänge für Angehörige des Behörden-selbstschutzes ein, die wiederum besonders dazu beigetragen haben, das Interesse der Öffentlichkeit mehr als bisher auf die Arbeit des BLSV zu lenken.

Alle durchgeführten Maßnahmen und errungenen Erfolge wären nicht möglich gewesen ohne die unentwegte und zuverlässige Mitarbeit aller Helfer. Ihnen am Ende dieses Jahres für die treue Mithilfe zu danken, ist mir eine aufrichtige Verpflichtung.

Wolfgang Fritze
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
des Bundesluftschutzverbandes



Ein umfassender Zivilschutz soll die Voraussetzung schaffen, daß in jeder Notlage ausgebildete Kräfte sofort wirkungsvolle Hilfe leisten können, sei es bei Bränden, zur Bergung verschütteter Menschen aus Trümmern oder zur Ersten Hilfe für Verletzte.



Zivilschutz jeder Notlage gewachsen

Im Rahmen der großen Aufklärungsaktion kam es Mitte Oktober in Würzburg zu einer Begegnung zwischen Zivilschutzexperten des In- und Auslandes sowie Vertretern des öffentlichen Lebens. Gleichzeitig waren auch die Bezirksstellenleiter des Bundesluftschutzverbandes zu ihrer jährlichen Zusammenkunft hier versammelt.

Ministerialdirektor Thomsen, der Leiter der Abteilung Ziviler Bevölkerungsschutz im Bundesministerium des Innern, machte in grundsätzlichen Ausführungen mit den Plänen zum Schutze der Bevölkerung in der Bundesrepublik bekannt, von den Delegationen aus Österreich, Finnland, Luxemburg und der Schweiz erhielt man ausführliche Einblicke in die vor-sorgende Tätigkeit in ihren Ländern.

Nach einem offiziellen Begrüßungsabend im Juliusspital gab am 17. Oktober die Stadt Würzburg einen Empfang im historischen Wenzelsaal des Rathauses. Es sprachen u. a. Bürgermeister Seitz und der Vizepräsident des Österreichischen Zivilschutzverbandes, Stadtrat R. Siegmund.

Der Vormittag des 18. Oktober war ausgefüllt mit der eigentlichen Bezirksstellenleitertagung, in der Berichte über den Stand des Zivilschutzes in den Nachbarstaaten vorgetragen wurden. Am Nachmittag gab der BLSV einen Empfang für die bayerische Presse und die Vertreter des öffentlichen Lebens sowie für die ausländischen Delegationen im Gesandtenbau der Residenz.

Außer den genannten Herren nahmen an den Veranstaltungen teil: Der Vizepräsident des Bayerischen Senats, Oberbürgermeister Bornkessel (Fürth), die Landtagsabgeordneten Lauerbach und Sauer (beide CSU), Gerda Laufer (SPD) und Heinrich (FDP), als Vertreter der bayerischen Regierung Ministerialdirigent Dr. Herzog. Auch die Vertreter der beiden Konfessionen, Generalvikar Dr. Wittig und Pfarrer Fischer, bekundeten ihr Interesse durch ihre Anwesenheit.

Die Ehrennadel des finnischen Zivilschutzverbandes verlieh Oberst Havulinna an Ministerialdirektor Thomsen, Regierungsdirektor Kirchner (beide Bundesministerium des Innern, Abteilung Ziviler Bevölkerungsschutz) und Ministerialdirigent Dr. Herzog. Ltd. Regierungsdirektor Fritze gab bei dieser Gelegenheit jeder ausländischen Delegation zur Erinnerung einen Ausbildungsfilm des BLSV.

Aus einem Teil der Ansprachen während der Würzburger Tagung veröffentlicht der „Zivile Bevölkerungsschutz — ZB“ nachstehend einige, in einer von der Redaktion gestrafften Form.

Bundesrepublik: Die dringendsten Gesetzentwürfe

Über den Stand der Arbeit für einen umfassenden Schutz der zivilen Bevölkerung in der Bundesrepublik berichtete Ministerialdirektor Thomsen, Leiter der Abteilung Ziviler Bevölkerungsschutz im Bundesministerium des Innern:

Von den zur Zeit im Deutschen Bundestag vorliegenden Notstandsgesetzentwürfen haben das Selbstschutzgesetz, das Zivildienstgesetz und das Schutzbaugesetz eine besonders hervorragende Bedeutung. Die Bundesregierung hat diese Gesetze eingebracht. Wir haben es für richtig gehalten, in diesem Augenblick ganz eindeutig an die Öffentlichkeit zu treten und auf die Bedeutung dieser Gesetze hinzuweisen.

Nun lassen Sie mich kurz sagen, was in diesen Gesetzen steht und aus welchen Gründen heraus sie eigentlich anders aussehen, als mancher wohl erwarten wird. Das Selbstschutzgesetz ist unserer Meinung nach die erste Voraussetzung für einen wirksamen zivilen Bevölkerungsschutz. Dieses Gesetz kann dem Bürger den Zwang auferlegen, sich unterrichten und unterweisen zu lassen, damit er sich selbst schützen kann und damit

Bezirksstellenleiter des BLSV tagten in Würzburg

er darüber hinaus auch in der Lage ist, soweit wie möglich Nachbarschaftshilfe zu leisten.

Es ist naturgemäß so, daß bei uns in Deutschland in dem Augenblick, wo Sie den Selbstschutzgedanken aussprechen, unvernarbte Wunden wieder aufgerissen werden. Es fällt Ihnen vielleicht auf, daß hier vom Selbstschutzgesetz und nicht von einem Luftschutzgesetz gesprochen wird. Es ist fast unmöglich und psychologisch überfordert, einer Bevölkerung zuzumuten, Dienst zu tun nur für den Fall, daß ein Krieg eintreten sollte. Es ist eine sinnlose Verschwendung moralischer Kraft und moralischen Willens, aber auch eine unangemessene Festlegung finanzieller Mittel, wenn Sie diese ideellen und materiellen Werte nicht jederzeit einzuwerfen bereit sind, wo Menschen in Not geraten.

Das Grundgesetz geht davon aus, daß der Katastrophenschutz nicht eine Angelegenheit des Bundes, sondern der Länder ist, in denen dieser Zustand eintritt. Dabei bedienen sich jedoch die Länder bei größeren Friedenskatastrophen in vielen Fällen des Bundesluftschutzverbandes, der übrigens hervorragende Dienste bei der Flutkatastrophe in Hamburg geleistet hat; sie bedienen sich ebenso gern des Technischen Hilfswerks, das ja eine Anstalt des Bundes ist, und sie bedienen sich auch sonstiger Bundesinstitutionen bis zur Bundeswehr hinauf.

Der Selbstschutz in einem Verteidigungsfall kann nur funktionieren, wenn auch die Notwendigkeit dazu von der Bevölkerung anerkannt wird und die Bereitschaft, es nicht nur gezwungen zu tun, vorhanden ist. Was fordern wir innerhalb dieses Selbstschutzgesetzes? Daß sich jeder Bundesbürger einer Ausbildung von zehn Stunden, davon acht für die Erste Hilfe, unterwerfen soll. In jedem weiteren Jahr kann der Bundesbürger um weitere fünf Stunden zur Ausbildung angefordert werden. Unsere Welt mit ihrer Über-
technisierung kommt immer mehr in die Sphären, wo die Katastrophen sich häufen müssen, ob das Erdverschiebungen sind, ob das Unglücksfälle in großen Werken sind usw. Alle können die Erste Hilfe an sich selbst, an den Angehörigen, beim Nachbarn, im Verkehr und im Betrieb anwenden. Für die Führungskräfte ist eine Ausbildung von zehn Stunden nicht ausreichend. Wir wollen durch dieses Selbstschutzgesetz erreichen, daß wir sie fünfzig Stunden ausbilden dürfen. Diese Stunden werden auch dort benötigt, wo aus den Selbstschutzkräften heraus eine Organisation in Form von Selbstschutz-Zügen im Rahmen der organisierten Nachbarschaftshilfe gebildet wird, weil diese Kräfte natürlich ein Mehr beherrschen müssen. Das Selbstschutzgesetz belastet weiter jeden einzelnen Bürger noch hinsichtlich verschiedener Dinge: eine gewisse Mindest-Geräteausstattung, eine Mindest-Vorrathaltung von Verbandstoff und eine gewisse Verpflichtung zur häuslichen Bevorratung von Lebensmitteln. Die von jedem Selbstschutzpflichtigen aufzubringenden Kosten belaufen sich auf rund 100 DM. Für eine Familie von vier und fünf Köpfen ist das natürlich eine Belastung.

Die Kräfte des Selbstschutzes sollen durch Einheiten des örtlichen Zivilschutzdienstes ergänzt werden. Bei der Aufstellung dieses Zivilschutzdienstes sind die vorhandenen Hilfsorganisationen, karitativen Verbände und humanitären Organisationen, denen auf freiwilliger Basis hervorragend ausgebildete Helfer zur Verfügung stehen, der wertvollste Bestand, den wir in der Bundesrepublik überhaupt haben. Es sind Friedenseinrichtungen, die den Friedenskatastrophenfall vor Augen haben. Wir werden diese Organisationen unter allen Umständen als einen festverankerten Baustein in den Zivilschutz einfügen. Wo werden nun diese humanitären und karitativen Organisationen den besten Dienst tun? Nach meiner Auffassung in der Gemeinde, in der sie leben; folglich soll man diese Verbände in ihren Gemeinden binden. Obwohl es im Frieden freiwillige Verbände sind und bleiben, sollen sie im Ernstfall nach dem Zivildienstgesetz dienstverpflichtet werden. Ich bin glücklich, Ihnen sagen zu dürfen, daß diese Konstruktion von allen Präsidien, Geschäftsstellen und Führungsbefugten dieser Verbände eindeutig bejaht wurde und daß sie geschlossen und freiwillig zu diesem Gedanken stehen.

Konsequent sollten wir diesen Verbänden ermöglichen, durch Bereitstellung von Bundesmitteln die Ausbildung aufzustoßen auf den Stand, der für den großen Katastrophenfall notwendig ist, und sie mit den entsprechenden Geräten auszustatten, die wir für den großen Katastrophenfall haben müssen.

Dabei sollte man ihnen selbstverständlich gestatten, diese Geräte auch für die Friedenszeit zu nutzen. Sie dürfen mit den Sanitätsfahrzeugen ihren humanitären Aufgaben nachkommen, sie dürfen mit den der freiwilligen Feuerwehr zur Verfügung gestellten Löschfahrzeugen im Brandfall eingreifen, und sie dürfen bei Flutkatastrophen die Fernmelde-

Während eines Empfangs des Bundesluftschutzverbandes für die bayrische Presse und für Vertreter des öffentlichen Lebens im Gesandtenbau der Residenz in Würzburg erläuterte Major Brahm (rechts) den Aufbau des Zivilschutzes im Großherzogtum Luxemburg. Neben Major Brahm (v. r. n. l.): Ltd. Regierungsdirektor Wolfgang Fritze, Ministerialdirektor H. A. Thomsen u. Regierungsdirektor Heinz Kirchner.

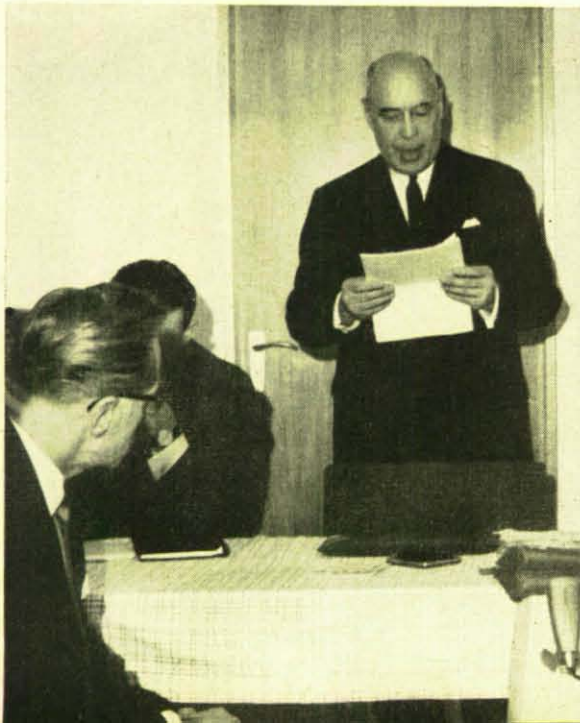




Aufschlußreich waren die Ausführungen von Oberst i. G. Ernst Fischer, dem Direktor des Bundesamtes für Zivilschutz in der Schweiz. Unten: Vor der Residenz in Würzburg (v. l. n. r.): Ministerialdirigent Dr. Herzog, Ministerialdirektor Thomsen, Oberst i. G. Fischer, Oberst Torpo, Regierungsdirektor Kirchner, Ltd. Regierungsdirektor Fritze und der finnische Oberst Havulinna.



Einen Überblick über den Stand des Zivilschutzes in Finnland gab den Gästen Oberst Havulinna. Über Industrieschutz berichtete anschließend Oberst Torpo.



geräte voll zum Einsatz bringen. Auch die Ersatzbeschaffung nach Gebrauch des Fahrzeugs bei Übungen und im praktischen Einsatz muß dann der Bund tragen.

Damit haben wir erreicht, daß die örtliche Ebene verstärkt wird. Wenn wir aber an die Auswirkung moderner Waffen denken, werden diese Kräfte nicht ausreichend sein. Infolgedessen sind wir der Meinung, daß wir — um einen kompletten Zivilschutz zu haben — neben dem Selbstschutz, neben der organisatorischen Zusammenfassung aller dieser Verbände noch einen überörtlichen Dienst haben müssen, und das ist das Zivilschutzkorps. Wir denken, daß wir etwa 5000 freiwillige Hauptberufliche brauchen werden, die als Ausbildungspersonal das Rückgrat und das führungsbefähigte Stammpersonal bilden. Mit diesen Leuten bilden wir jeweils 15 000 auf Grund des Zivildienstgesetzes herangezogene Männer für Einsätze in einer Katastrophe aus. Wir verzichten dabei auf eine Allround-Ausbildung. Es wird nur eine kurze allgemeine Ausbildung geben, z. B. in Erster Hilfe, dann geht es gleich in die Spezialausbildung als Funker, Fernmeldemann, Bergungsmann, Sanitäter, Feuerwehrmann und dgl. Damit würden wir in vier bis fünf Jahren die Mindestzahl von 200 000 ausgebildeten Helfern in der Not haben. Wichtig ist, daß die Helfer sofort greifbar sind. Wir werden darum durchzusetzen versuchen, daß der Mann nach seiner Zivilschutzdienstausbildung in einem ständigen Reservestand bleibt. Er bekommt nach dem Milizsystem seine persönliche Ausrüstung ausgehändigt, und in der Nähe seines Wohnortes erstehen sogenannte Ausrüstungszentren, in denen das fahrbare Gerät steht. Für das Führungspersonal der Reserve haben wir vorgesehen, daß die Grundausbildung sechs Monate dauert; dazu kommen ebenfalls laufende Übungen.

Erst diese drei Begriffe, zusammengefaßt, ergeben einen kompletten Zivilschutz: der Selbstschutz, der örtlich zusammengefaßte Zivilschutzdienst und dieses Zivilschutzkorps. Wie modern wir uns das vorstellen, geht auch daraus hervor, daß in dem Zivilschutzkorps eigene Hubschrauber eingesetzt werden sollen. Wenn die militärische Rüstung auf dem modernsten Stand sein soll, dann ist die gleiche Forderung für den Schutz der Zivilbevölkerung unabdingbar. Glaubhaft werden eine Aufrüstung und eine Abschreckung nur, wenn der Sektor der zivilen Verteidigung mit der gleichen Konsequenz, mit der gleichen Lückenlosigkeit behandelt wird.

Das erste ist einmal, daß die Bevölkerung selbst einen Schutz hat. Sicherlich wird in den Zielgebieten eine unvorstellbare Vernichtung sein. Wir werden also auch dann, wenn die Zonen des unmittelbaren Auslöschens überschritten sind, in den Randgebieten mit einer solchen Anzahl von Verletzten und Verschütteten zu rechnen haben, daß dies unsere augenblickliche Vorstellungswelt überschreitet. Dort, wo die Bomben vernichten und töten, ist gleichzeitig der Ausgangspunkt des radioaktiven Staubes. Dieser tötet in nichtgetroffenen Gebieten genauso wie die Bombe im Zielgebiet. Wenn wir bedenken, daß wir diese Tötung verhindern können, indem wir Fallout- und Trümmerschutzzräume schaffen, kann die Frage zum Schutzraumgesetz überhaupt nicht mehr hinsichtlich der Notwendigkeit debattiert werden. Ich halte es für das inhaltschwerste Gesetz; volkswirtschaftlich hinsichtlich der Kapazität, finanziell hinsichtlich des Volksvermögens. Bei der Erörterung des Schutzraumgesetzes wird man sich aber zu unterhalten haben über die Zeit, in der man das Programm verwirklicht, und über den Schutzgrad, den man wählt.

Das Schutzraumgesetz geht davon aus, daß wegen der gleichmäßigen Gefährdung allein durch den tödlichen Staub Schutzräume in der Form des Fallout- und Trümmerschutzes geschaffen werden müssen. Letzteren darf man unter keinen Umständen vergessen, denn wenn man die Verluste von Hiroshima analysiert, sieht man, daß die Verletzungen durch die Vertrümmerungen unerhört hoch sind. Nun haben wir vorgesehen, daß in Städten von mehr als 50 000 Einwohnern ein Schutz gegen 3 atü Druck geboten wird. Wie kommen wir zu den 3 atü? Wenn wir die Kurve des Rettungszuwachses nehmen und die des Geldeinsatzes, dann schneiden sich diese zwischen 2,3 und 3,2 atü; d. h. also: Im Verhältnis zu den eingesetzten Finanzmitteln ist der größte Rettungszuwachs bei 3 atü zu suchen. Wollen wir auf 4 atü gehen, werden die Baukosten rapide höher, ohne daß der Rettungszuwachs wesentlich steigt.

Wie ein künftiger Ernstfall aussehen wird, wissen wir alle nicht. Eins ist klar: Will der Gegner die Zivilbevölkerung

vernichten, so wirft er seine Megatonnenbomben. Dann ist jeder bauliche Schutz sinnlos gewesen. Das ist aber nur eine der Möglichkeiten einer kriegerischen Auseinandersetzung; die anderen sind: die nur konventionelle Auseinandersetzung und der taktische Einsatz von Atomwaffen. In den letzteren Fällen besteht durchaus die Wahrscheinlichkeit, daß in Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern höhere Angriffserwartungen vorherrschen, weil dort militärisch wichtige Ziele liegen (z. B. Brücken, Verkehrs- und Nachrichten-knotenpunkte). Im übrigen: Ob Sie 50 000 Einwohner nehmen, 40 000 oder 60 000 — ich halte jede andere Grenze für genauso diskutabel.

Nach dem Entwurf des Schutzbaugesetzes soll damit begonnen werden, bei allen Neubauten Schutzräume vorzusehen. In Städten bis zu 50 000 Einwohnern haben wir den Fallout- und Trümmerschutz, in Städten über 50 000 den verstärkten 3-atü-Schutz. Dabei gehen wir davon aus, daß die Kosten für Fallout- und Trümmerschutz der Eigentümer tragen soll. Der Hauseigentümer wird natürlich diese Kosten über die Miete abwälzen. Unsere Untersuchungen haben ergeben, daß im Durchschnitt mit einer Kostenanhebung der Mieten um etwa 3,7 v. H. zu rechnen ist. Für den verstärkten Schutz soll die Bundeskasse die Differenz zwischen Grundschutz und verstärktem Schutz übernehmen.

Im sogenannten Sozialwohnungsbauprogramm werden gegenwärtig 500 000 Wohnungen je Jahr erstellt. Unverantwortlich scheint es uns, daß dies ohne Berücksichtigung der Schutzräume geschieht, denn der spätere Einbau wird wesentlich höhere Kosten auslösen. Deshalb meinen wir auch, daß dieses Schutzbaugesetz unter keinen Umständen eines Verschiebens mehr fähig ist. Im gegenwärtigen Neubauprogramm würden nach unserer Feststellung aufgewandt werden müssen: durch den Bundesbürger für Fallout- und Trümmerschutz rund 1,5 Milliarden je Jahr und vom Bund für den verstärkten Schutz ebenfalls rund 1,5 Milliarden.

Österreich: Informieren — überzeugen

Über das „jüngste Kind der europäischen Familie innerhalb der Zivilschutzverbände“ sprach anschließend Generalsekretär Direktor Josef Hans:

Die österreichische Bundesregierung hat anlässlich der Berlinkrise die beiden Ministerien Landesverteidigung und Inneres beauftragt, einen Plan zu erstellen, nach dem der Zivilschutz aufgebaut werden könne. Das Regierungskonzept ist abgestellt auf eine umfassende Landesverteidigung, die viergliedert ist: Die militärische Landesverteidigung untersteht dem Minister für Landesverteidigung, die wirtschaftliche dem Minister für Wiederaufbau, die geistige dem Minister für Unterricht und die zivile dem Ministerium für Inneres.

Wir sind ein Bundesstaat von neun Bundesländern, und Katastrophendienst ist Sache der Länder. Fördernd war, daß wir Zeit gehabt haben, nicht nur aus den Erfahrungen im zweiten Weltkrieg, sondern auch aus den Erfahrungen der anderen zu lernen. Wir haben die Verhältnisse studiert und haben im Namen schon zum Ausdruck gebracht, daß wir mehr sein wollen als Luftschutz schlechthin. Wir haben die Gefahren, die der Alltag mit sich bringt, eingeschlossen in unser Programm. Wir sind der Meinung, wenn wir die Menschen vorbereiten, Leben, Gesundheit und Gut schützen zu können durch unsere Maßnahmen, daß sie sich dann auch bewähren werden, wenn eine große Katastrophe hereinbricht. Dazu kommt, daß wir nach dem Regierungskonzept unsere Tätigkeit auf die Tatsache ausrichten, daß wir als neutraler Staat nicht direkt in Kriegshandlungen mit einbezogen werden.

In der ersten Etappe des Aufbaues unseres Zivilschutzes gehen wir also von der Annahme aus, daß unsere Neutralität respektiert wird. Was uns aber bedrohen kann, ist der radioaktive Niederschlag. Darauf stellen wir unsere ganze Tätigkeit ein. Trotzdem müssen wir beim Aufbau jetzt zeitraffertempoartig nachholen, was die anderen uns voraus haben. Wir haben uns organisatorisch ein Fernziel gesetzt, das neben der Erfassung der Hausgemeinschaften, also über die Aufklärung und die Schulung der Bevölkerung hinaus, der Aufbau des Selbstschutzes, die Einsatzbereitmachung und die Einsatzbereithaltung des Selbstschutzes ist.

Das ist aber ein Fernziel, denn heute wollen wir nichts anderes, als die österreichische Bevölkerung für den Selbstschutz gewinnen. Das ist unsere Tätigkeit im Augen-

blick, und wir haben es sehr schwer gehabt bei der Aufnahme unserer praktischen Tätigkeit. Durch Aufklärungsveranstaltungen haben wir die Bevölkerung so weit gebracht, daß wir heute sagen können, der Großteil hat das Ja zum Zivilschutz gegeben. Wir haben sehr stark die Unterstützung der Behörde. Die neun autonomen Landesverbände haben sich freiwillig in die größere Einheit eingeordnet, und alles, was bundeseinheitlich beschlossen wird, wird auch bundeseinheitlich durchgeführt.

Nur ein kurzes Wort über die praktische Aufklärungs- und Ausbildungsarbeit. Weil wir zuwenig berufene Ausbilder und Propagandisten haben, haben wir uns auf Dia-Reihen mit einem Manuskript oder sogar mit einem Tonband eingestellt. Dann haben wir den amtsweiten Apparat unserer Mitarbeiter heranzubilden. Hier bekommen wir starke Unterstützung von den Gemeinden, die diese Mitarbeiter ausgesucht delegieren. Wir können nur informieren, gewinnen und überzeugen, daß Schutz möglich ist. Seit neuestem haben wir ein 24-Stunden-Programm in Ausarbeitung, das also der erste offizielle Grundlehrgang für alle Mitarbeiter des österreichischen Zivilschutzverbandes werden soll. Außerdem haben wir eine behördliche Zivilschutzschule des Bundesministeriums in der Wilhelms-Kaserne in Wien, die mit großem Erfolg die Behördenvertreter, aber auch unsere Spitzenfunktionäre im Bund und in den Ländern bis in die Bezirke hinunter ausbildet.

Auch in Österreich hat sich die Meinung durchgesetzt, daß der Selbstschutz steht und fällt mit der Lösung des baulichen Zivilschutzes. Ein Bundesland hat bereits in der neuerstehenden Bauordnung auf den Zivilschutz Rücksicht genommen und für Neubauten vorgeschrieben, daß Strahlenschutzräume eingebaut werden müssen.

Ohne Zivilschutz gibt es keine umfassende Landesverteidigung. Das schwächste Glied ist entscheidend für den Gesamtschutz. Lassen Sie uns daher danken für die Unterstützung, die wir von Ihnen bekommen haben. Wir haben sehr viele Erfahrungen aus den Gesprächen, aus den Besuchen für unsere Aufbauarbeit erhalten können.

Finnland: Schwerpunkt in den Gemeinden

Einen Einblick in die Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung in Finnland gab Oberst Havulinna:

Die Arbeit am Bevölkerungsschutz war in Finnland nach dem Krieg bis zum Jahre 1957 ins Stocken geraten.

Ein Gesetz legt jetzt die Anteile des Staates, der Gemeinden, der Gesellschaften und Gemeinschaften und des einzelnen am Bevölkerungsschutz wie folgt fest: Der Staat sorgt für die allgemeine Planung und Organisation, für Beratungs- und Informationsarbeit, für die Ausbildung der Leiter und des übrigen Spezialpersonals sowie für die übrigen Schutzmaßnahmen, die mehr lokale Bedeutung haben und für welche andere keine Verantwortung haben. Hinsichtlich der Teilnahme und der Mithilfe des einzelnen Staatsbürgers innerhalb der Schulung für den Bevölkerungsschutz betrachtet das Gesetz diese Teilnahme als freiwillig. Die Regierung kann jedoch anordnen, daß das leitende und andere Spezialpersonal an einer Ausbildung von höchstens 36 Stunden jährlich teilnehmen soll.

Eine allgemeine Bevölkerungsschutzpflicht sollte auf folgende Weise durchgeführt werden: Wurde das Land oder ein Teil hiervon zur Verteidigung des Reiches als im Krieg befindlich erklärt oder wird das Land von einer Kriegsgefahr bedroht oder ist es sonst notwendig, den Bevölkerungsschutz unverzüglich in eine effektive Tätigkeit zu bringen oder verschärfte Bereitschaft einzuführen, kann die Regierung anordnen, daß jeder Staatsbürger, der das 16. Lebensjahr vollendet hat und noch keine 64 Jahre alt ist, Bevölkerungsschutzaufgaben zu übernehmen verpflichtet ist. Zusammenfassend kann man noch betonen, daß den Grund des zivilen Bevölkerungsschutzes in Finnland das Zivilschutzgesetz und daran anschließende Verordnungen bilden. Dazu kommt, daß der Zivilschutz bei uns im hohen Grade seine Wirksamkeitsgrundlage im Gemeindesystem hat.

Der Hausbesitzer ist verpflichtet, einen Schutzraum einzurichten. Ein Schutzraum muß im Zusammenhang mit den Bauarbeiten an jedem Gebäude, wenn es wenigstens 3000 cbm groß ist und sich nicht an einem Schutzort befindet, eingerichtet werden. Unter gewissen Voraussetzungen muß

ein Schutzraum auch in alten Häusern eingerichtet werden. Für ein oder mehrere Häuser darf ein gemeinsamer Schutzraum eingerichtet werden, soweit dieser die Möglichkeiten, Schutz zu erhalten, nicht erschwert. Die Gemeinde ist verpflichtet, an einem Schutzort einen Schutzraum zu errichten — außer für ihre eigenen Einrichtungen und Behörden auch an Bahnhöfen, für den Omnibusverkehr und in Häfen. Die Unkosten werden vom Staat ersetzt. Zur Pflicht der Gemeinde gehört es auch, Schutzräume für die Organe des Bevölkerungsschutzes zu errichten. Die Gemeinde muß außerdem allgemeine Schutzräume aufstellen, z. B. an Plätzen mit lebhaftem Verkehr und an bewaldeten Plätzen, bei denen Holzhäuser dominieren. Auf Veranlassung des Staates werden Schutzräume für Reisende und für das Verkehrspersonal bei Eisenbahn und Flugstationen errichtet.

Wie in einigen anderen Ländern ist der Bevölkerungsschutz in Finnland dem Innenministerium unterstellt. Von den wichtigsten Tätigkeitsgebieten sei als Beispiel erwähnt: das Erteilen von Bestimmungen und Weisungen für den Bau von Schutzräumen, für Ausbildung, für die Ausarbeitung von Evakuierungsplänen und für die Warnung. Um den Bevölkerungsschutz zu planen, zu organisieren und zu entwickeln, hat die Regierung dem Innenministerium zum Beistand eine Bevölkerungsschutz-Delegation ernannt. Diese besteht aus einer juristischen Sektion, aus Organisations-, Bau-, Verbindungs- und Industrie-Sektionen sowie aus einer allgemeinen Arbeitssektion. Außerdem kann die Delegation Sachverständige in Anspruch nehmen. Das Innenministerium hat auf Grund des Bevölkerungsschutzgesetzes die Schulung des leitenden Bevölkerungsschutzpersonals dem Bevölkerungsschutzverband übertragen.

Die Ausbildungsarbeit wird in der von dem Verband neugegründeten Bevölkerungsschutzschule erfüllt. Bisher haben in dieser Schule rund 3000 Schutzleiter ihre Schulung erhalten. Der größte Teil hiervon besteht aus Bevölkerungsschutzchefs und Leitern der Schutzorte, aber es sind auch die Vertreter der verschiedensten kommunalen Wirkungskreise hier geschult worden: Polizei, Feuerwehr, Rettungseinrichtungen. Gemäß Schätzungen müssen weitere 15 000 Zivilschutzleiter geschult werden. Der Verband verfügt auch über eine Materialeinteilung, die Material und Geräte an die Gemeinden, Vereinigungen, Industriebetriebe usw. vermittelt. Der Bevölkerungsschutzverband, der vor 35 Jahren gegründet wurde, ist in seiner jetzigen Tätigkeit zum größten Teil den Formen gefolgt, die er schon vor dem zweiten Weltkrieg hatte. Die von dem Verband betriebene allgemeine Aufklärungsarbeit findet nun in folgenden Formen statt: eine wandelnde und eine permanente Ausstellung über Bevölkerungsschutz, Vortragsveranstaltungen, Publikationstätigkeit, Ausleihen von Filmen. Die Eröffnungsveranstaltungen der wandelnden Ausstellungen mit Vorträgen und anderen Programmen haben reichlich namhaftes Publikum herangezogen und haben sich so zu bedeutungsvollen Aufklärungsveranstaltungen gebildet. In Helsinki befindet sich eine permanente Ausstellung, und ein den Bevölkerungsschutz behandelndes Büchlein wird kostenlos an alle Besucher verteilt. Um einen ständigen Kontakt mit denjenigen, die ihre Ausbildung in der Bevölkerungsschutzschule erhalten haben, und mit den lokalen Vereinigungen aufrecht zu erhalten, hat der Verband seit Anfang 1959 ein Bevölkerungsschutzblatt herausgegeben. Von anderen Publikationstätigkeiten sei vor allem die Vorlesungsserie der Bevölkerungsschutzschule erwähnt, die vervielfältigt an Interessenten verteilt wird, sowie die teilweise fertigen oder in Bearbeitung befindlichen Leitfäden oder Einführungsbüchlein, die für die Behörden, die Gemeinden oder die Öffentlichkeit bestimmt sind. Von diesen ist schon ein Zivilschutzleitfaden fertig, der etwa 300 Seiten umfaßt.

Über den Industrieschutz sprach an Hand eines Schemas Oberst Torpo.

Luxemburg: Im Frieden nutzen

Über die Organisation des Zivilschutzes im Großherzogtum Luxemburg berichtete Major hon. Max Brahms, Direktor der Protection civile:

Wir haben ein Gesetz von 1936, das der Regierung gestattet, in Notfällen einen Zivilschutz aufzubauen. Vor knapp drei Jahren wurden wir mit der Reorganisation des Zivilschutzes beauftragt. Wir nahmen unsere Tätigkeit nach dem Leitsatz auf: „Wir brauchen einen Zivilschutz nach den NATO-

Grundsätzen, aber wir brauchen in erster Linie einen Schutz der Bevölkerung für die Katastrophen des Friedens.“ Ich glaube, damit ist unsere ganze Aufgabe umrissen.

Zivilschutz war für Luxemburg etwas Neues. Wir begannen mit einer Presse- und Rundfunkkampagne, die während 52 Wochen des ersten Jahres jeden Freitag in jeder Zeitung und auch im Rundfunk war. Wir haben kein Blatt vor den Mund genommen und haben alles über die Gefahren und die Unannehmlichkeiten, die uns eventuell bevorstehen könnten, gesagt. Jetzt darf ich Ihnen sagen, daß wir 2 v. H. der Bevölkerung zu unseren Helfern zählen. Wir haben es für nützlich gefunden, erst den überörtlichen Dienst zu organisieren, und der steht heute. Nebenbei haben wir versucht, unsere Kredite so zu gebrauchen, daß das Material für den Frieden dienen könnte. Neben unserem überörtlichen Schutz — wir nennen ihn die mobile Brigade — besteht ein Sanitätsdienst. Wir haben so viele Ambulanzen angeschafft, daß in Luxemburg kein Straßenunfall passiert, ohne daß nicht in spätestens zehn Minuten eine Ambulanz eintrifft. Was den Industrieschutz anbelangt, so haben wir die volle Unterstützung der Industrie, des Handels und der beiden Gewerkschaften.

Der Luxemburger Zivilschutz ist eine Dachorganisation. Wir greifen nicht in die Unabhängigkeit unserer freiwilligen Feuerwehrgesellschaften, des Roten Kreuzes, des Malteserordens usw. ein. Sogar die Hundezüchter arbeiten tatkräftig mit. Wir wollen also nur dirigieren und ausbilden, um im Falle einer Katastrophe mit allen zusammen eingreifen zu können.

Schweiz: Alle Kräfte einsetzen

Oberst i. G. Fischer wies in seinem Vortrag über den Zivilschutz in der Schweiz einleitend auf die innerstaatlichen Verhältnisse hin.

Das Gesetz muß vom Volk getragen werden, und dazu muß man das Volk aufklären. Das ist bei uns eine wesentliche Aufgabe des Bundes für Zivilschutz. Ich möchte vorausschicken, daß wir den Zivilschutz sowohl für die Katastrophenhilfe wie für die Hilfe im Ernstfall vorsehen. Als ein kleines Land mußten wir mit den Bausteinen bauen, die eben da sind. Das sind einmal unsere Gemeinden. Denn dort haben wir die Feuerwehr, die Samariter, eine gewisse Fürsorgetätigkeit.

In der Gemeinde haben wir den Selbstschutz. Auf etwa 60 bis 80 Personen kommt eine Hauswehr, bestehend aus mindestens neun Personen mit einem Hauswehrchef — Gebäudechef genannt —, mit ein bis zwei Samariterinnen oder Samaritern. Die zweite Gruppe ist der Betriebsschutz. Alle Betriebe mit einer Belegschaft von 100 Personen oder mehr haben eine Betriebsschutzorganisation aufzustellen; kleine Betriebe sind hauswehropflichtig. Bei Spitälern, Anstalten und Sanatorien gehen wir auf Gebäude mit 50 Betten, denn diese sind für den Sanitätsdienst von ganz besonderer Bedeutung. Je nach Größe wird die Betriebsschutzorganisation aus einer Leitung, aus der Feuerwehr, Sanitätsdienst, technischem Dienst, ABC-Dienst und eventuell auch einem Versorgungsdienst bestehen. Darauf aufgestockt kommt die örtliche Organisation mit einem Ortschef, Übermittlung, Kriegsfeldfeuerwehr, technischem Dienst, Sanitätsdienst, ABC-Dienst, Obdachlosendienst, Transportdienst und Versorgungsdienst. Jede Ortschaft mit über 1000 Einwohnern ist bei uns organisationspflichtig. Die kleineren Ortschaften haben mindestens eine Kriegsfeldfeuerwehr zu bilden, damit überall etwas da ist und man sogar nachbarliche Hilfe von relativ kleinen Ortschaften verlangen kann.

Dazu kommt noch die Hilfe des Landes oder des Bundes in Form der Luftschutztruppen. In der sehr armeefreundlichen Schweiz fand man die Möglichkeit, einen Teil der jungen Leute von den taktischen Aufgaben der Armee zu entlasten und sie in eine kleine Zivilschutzarmee hinüberzunehmen.

Wir sehen in jedem Neubau, und zwar in jeder Gemeinde, die organisationspflichtig ist, einen Schutzraum vor. Wir haben bis Ende des Jahres für ungefähr die Hälfte der Bevölkerung Schutzraumbauten, wobei natürlich eine Reihe älteren Datums sind, die bei Überholung noch als Strahlenschutz Geltung haben, nicht aber erhöhten Drücken standhalten werden. In jedem Spitalneubau müssen jetzt mindestens eine unterirdische Operationsstelle und die dazugehörigen Betten geschützt aufgebaut werden. In bestehenden Spitälern entscheidet das Land, ob dort auch zusätzlich eine Kriegsspitalanlage gemacht werden muß.

Überlebens-Chancen im Atomkrieg ?

Was geschieht auf dem Gebiet des zivilen Bevölkerungsschutzes heute in der Bundesrepublik? Was ist notwendig, was ist technisch durchführbar? Was kann finanziell verkraftet werden, und was wollen die Menschen für eine begrenzte Sicherheit tun? Diese und ähnliche Fragen wurden auf einer Tagung in der Evangelischen Akademie Bad Boll, die unter dem Motto „Möglichkeiten und Grenzen des Schutzes im atomaren Zeitalter“ stand, von Fachleuten aus den zuständigen Ministerien, der Wissenschaft und von Parlamentariern diskutiert. An der Tagung nahmen u. a. teil: die Bundestagsabgeordnete Biechele (CDU), Busse (FDP), Schmitt-Vockenhausen (SPD), Professor Dr. Pascual Jordan, Professor Dr. Carl-Friedrich Freiherr von Weizsäcker (beide Universität Hamburg), Bundesminister des Innern, Hermann Höcherl, Ministerialdirektor Hans-Arnold Thomsen, Leiter der Abteilung Ziviler Bevölkerungsschutz (BMI), Präsident Dr. Rudolf Schmidt (BzB), Ministerialrat Dipl.-Ing. Erhard Schmitt (BMI), Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des BLSV, Leitender Regierungsdirektor Wolfgang Fritze. — Die Hauptreferate wurden gehalten von Professor Dr. Pascual Jordan und Professor Dr. Carl-Friedrich Freiherr von Weizsäcker.

Fachleute diskutierten in Bad Boll über Möglichkeiten und Grenzen des Bevölkerungsschutzes

Professor Jordan führte u. a. folgendes aus: Als vor nicht langer Zeit in Hamburg die Flutkatastrophe große Opfer an Menschenleben gefordert habe, zeigte sich, daß zahllose Menschen, die geistig nicht auf die Möglichkeit einer Katastrophe vorbereitet waren, sich nicht vorstellen konnten, daß eine Katastrophe solcher Art und solchen Ausmaßes überhaupt möglich war. In der Bundesrepublik seien wir z. Z. noch in einer weitgehend ähnlichen Lage in bezug auf diejenigen Katastrophengefahren, die durch einen Krieg heraufbeschworen würden. Zu der Neigung, diese unerfreulichen Dinge aus dem Bewußtsein fortzuschieben, habe sich weiterhin eine Einstellung gebildet, die zu einer Art hektischen Betriebsamkeit und einer Art von hektischem Lebenshunger geführt habe, hinter welchen als Hintergrund die Angst lauere, die Angst vor Entsetzlichkeiten, von denen unser Bewußtsein wisse, daß sie kommen könnten, von denen unser Bewußtsein aber möglichst wenig wissen, von denen unser Denken sich am liebsten abkapseln möchte.

„Nach uns die Sintflut“

Es sei psychologisch verständlich, daß viele Menschen heute ausgesprochen- oder unausgesprochen-ermaßen nach der bekannten Parole handeln und denken: „Nach uns die Sintflut!“ Aber diese Stimmung würde nicht ständig bleiben. Es werde

Schwierigkeiten geben, eine Änderung durchzusetzen, aber die Änderung habe schon eingesetzt und sie würde sich weiterhin durchsetzen, aus den natürlichen Gegebenheiten heraus, daß die Menschen, die den zweiten Weltkrieg bewußt miterlebt haben, allmählich älter und älter werden und daß jüngere Generationen in ihre Stellungen einrückten, die die Schrecken des Luftkrieges nur aus Berichten kennen. Professor Jordan erklärte: „Einem 70jährigen Menschen, zumal einem solchen, der vielleicht keine Kinder hat, kann man sagen, ohne ihn vielleicht allzusehr zu beeindrucken, es besteht die Möglichkeit, daß in 20 oder 30 Jahren eine ganz große Katastrophe ganz unvermeidlich ist. Da kann der Siebzigjährige, wenn er überhaupt darauf hört, ruhig sagen: ‚Das trifft mich nicht mehr.‘ Aber man kann nicht das gleiche mit der gleichen Wirkung Menschen sagen, die heute 20 oder 30 Jahre alt sind. Diese Menschen werden nicht einfach antworten: ‚Nach uns die Sintflut!‘

Sie werden vielleicht sagen: Wenn das ernsthaft in Frage kommt, wollen wir doch beginnen, uns eine Arche Noah zu bauen, auch wenn wir deshalb vielleicht einmal Überstunden machen müssen.“

„Nützliche Idioten“

Vorbildliche unterirdische Schutzbauten seien bereits in den Ländern vorhanden, die irgendwie geologisch begünstigt seien: Schweden, Finnland, die Schweiz. Von dem Vorbild dieser Länder könnten wir bestimmt sehr viel lernen. Auch in den USA seien Schutzanlagen gebaut worden und in der Sowjetunion wäre der Bevölkerungsschutz eine Angelegenheit stärkster Bemühung. Besonders in Moskau habe man in den letzten Jahren sehr viel und sehr umfassend das schon jetzt bestehende System von Untergrundbahnen ergänzt durch zusätzliche Anlagen, über deren Ausführungen nicht sehr viel in der Öffentlichkeit bekanntgeworden sei. Man wisse aus Informationen, daß im gesamten Gebiet der Sowjetunion die Vorbereitungen der Bevölkerung auf Selbstschutz und alles was dazu gehört, in stärkstem Maße betrieben werde. Indem die Sowjets einerseits für ihre eigene Bevölkerung stärkstens bemüht seien, den Bevölkerungsschutz zu entwickeln, bemühten sie sich andererseits, die westliche Welt von einem Bevölkerungsschutz zurückzuhalten durch die zahllosen Kanäle einer geistigen und propagandistischen Einflußnahme. Sie versuchten dieses mit Unterstützung derjenigen Kräfte, die von Lenin einstmals als „nützliche Idioten“ bezeichnet worden seien.

Wie denkt man in England?

In bezug auf Luftschutzmaßnahmen in England sagte Professor Jordan, die geistige Einstellung der Engländer zu



Dr. phil. Pascual Jordan, o. Professor für Theoretische Physik, Hamburg, spricht zu den Tagungsteilnehmern und begründet die Notwendigkeit von Schutzmaßnahmen für die zivile Bevölkerung.

Schutzmaßnahmen sei ihm deutlich geworden in dem Ausspruch eines englischen Mannes, der erklärt habe: Wir wollen hoffen, daß alle die Anstrengungen, die wir unternehmen, sich als unnötig in der Zukunft erweisen werden. Aber wenn es einmal dazu kommen werde, daß auf dieser Insel schlagartig 25 Millionen Menschen getötet sind, dann blieben noch 25 Millionen andere übrig, die aus den Trümmern gerettet werden möchten.

Nicht bagatellisieren

Professor Jordan warnte davor, die Gefahren zu bagatellisieren. Zur Erkennung der Furchtbarkeit der Gefahr, wenn sie sich einmal realisiere, gehöre die nüchterne und unvermeidliche Feststellung, daß unter Umständen die technischen Angriffsmittel und die technischen Vernichtungsmittel ausreichen könnten, jedes versuchte Mittel im Sinne von Schutz wertlos zu machen. Wenn ein Angreifer ausdrücklich und mit technisch wohlbedachter Absicht darauf abziele, die Bevölkerung der Bundesrepublik auszulöschen, dann sei jedenfalls im heutigen Stand der Entwicklung nicht zu sehen, was dagegen mit einiger Erfolgsaussicht getan werden könnte. Es sei aber sehr gut möglich, daß eine Katastrophe in einer Form verlief, die immerhin noch Chancen der Rettung für einen Teil der Betroffenen offenlasse. Daher sei es unabweisbar, alles zu tun, was getan werden könne, um die Gefahr für Millionen von Menschenleben zu reduzieren, einzuengen, zu vermindern, zu verkleinern. Die ganzen Probleme möglicher Katastrophen böten selbstverständlich Anlaß zu zahlreichen Urteilsverschiedenheiten für diese oder jene Einzelheit oder für grundsätzliche Fragen. Es gäbe allerdings auch Grenzen der Diskussion. „Wir hören viel-

Von links nach rechts: Professor Dr. Carl-Friedrich Freiherr von Weizsäcker, Bundesminister des Innern Hermann Höcherl, Ministerialdirektor Hans-Arnold Thomsen während eines Podiumsgesprächs.



fach“, so erklärte Professor Jordan, „in der deutschen Öffentlichkeit nicht nur von getarnten sowjetischen Agenten, sondern auch von den schon erwähnten ‚nützlichen Idioten‘ Gedankengänge, Äußerungen, welche darauf hinauslaufen, daß es vielleicht gerade politisch zweckmäßig wäre, unsere Bevölkerung weitgehend unbeschützt zu lassen. Zu diesen Gedankengängen bekenne ich offen, daß ich dafür kein Verständnis habe.“

Gefahren nicht kleiner geworden

Wir seien, so sagte Prof. Jordan, seit geraumer Zeit in einer Stimmungswelle des Optimismus. Viele Menschen dächten heute, wenn es uns gelänge, in dieser Richtung weiterzugehen, dann könnten wir vielleicht in fünf bis zehn Jahren so weit sein, daß die heute so zerdrückend auf uns wirkenden Gefahren nicht mehr vorhanden sind. Er teile diesen Optimismus nicht. Es bestehe durchaus die Möglichkeit, daß wir in Zukunft eher zu einer Verschärfung der Gefahr kommen werden, zum Beispiel, wenn die Chinesen so weit sind, serienweise

Atombomben produzieren zu können. Das würde nicht länger als 30 Jahre dauern. Die Chinesen seien ein hervorragendes begabtes Volk, das auch eine Reihe vollwertiger Wissenschaftler in allen Fächern der modernen Physik gestellt hätte. China würde heute politisch von Menschen regiert, die die Durchführung eines Vernichtungskrieges gegen die kapitalistische Welt als eine ausdrücklich ideologisch anerkannte Notwendigkeit bezeichneten. „Ich möchte auch sagen“ — so erklärte Prof. Jordan — „daß ich mich in dieser mehr pessimistischen Beurteilung im Einklang fühle mit den grundsätzlichen Ideen Albert Einsteins, der schon bald nach dem Kriege ausgeführt hat, daß die Bändigung des durch die Atomkraft möglich gewordenen Unheils voraussetzt, daß die Menschheit als Ganzes eine neue Organisation ihres Zusammenlebens findet. Einstein hat dafür dann noch das Wort ‚Weltregierung‘ geprägt, und er hat gesagt, erst dann, wenn sämtliche Staaten der Welt Teile ihrer Souveränität ausdrücklich abgegeben haben an eine entspannende Weltregierung, erst dann kann von einer Friedenssicherung gesprochen werden.“ Man werde allerdings fragen müssen, wie lange es noch dauern wird, bis radikal kommunistische Staaten bereit sein werden, ihre Macht an eine Weltregierung auszuliefern, die nach demokratischen Prinzipien konstituiert sei. Das dürfe noch eine ganze Weile dauern, und sowohl wir als auch die nächste und übernächste Generation dürften dieses nicht erleben.

Technik des unterirdischen Bauens

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen sagte Prof. Jordan, wer die Augen aufmache, der sehe heute ringsum überall Anzeichen dafür, daß die Technik des unterirdischen Bauens interessanter würde und sich immer stärker entwickle. Grundsätzlich sei es verfrüht, wenn man schon jetzt abschließend etwas sagen wollte, wieweit in Zukunft ein Gefahrschutz für die Menschheit technisch möglich sei. Prof. Jordan wandte sich gegen die Auffassung, jede Überlegung, unterirdische Verkehrsanlagen in Verbindung mit Maßnahmen des Selbstschutzes zu bringen, sei deshalb grundsätzlich abwegig, weil Mehrzweckanlagen technisch gar nicht zu schaffen seien. Wenn man erkläre, jede Mehrzweckanlage sei verderblich und außerdem technisch unmöglich, dann wäre nicht einmal eine Wohnungsanlage möglich. Denn auch eine Wohnungsanlage sei schließlich eine Mehrzweckanlage dadurch, daß sie einerseits eine Küche und andererseits einen Lokus enthielte. Es würde sich ergeben, daß unterirdische Straßen, unterirdische Bahnen, Tiefgaragen usw. dadurch, daß sie in zunehmendem Maße verwirklicht würden, eine Entwicklung begünstigen, die

sich für das Schutzbauproblem positiv auswirken müsse. In zehn Jahren könne man mit technischen Möglichkeiten ganz anderer Art rechnen als heute. Es wäre aber falsch, daraus die Folgerung zu ziehen, deshalb noch zehn Jahre zu warten, bevor wir überhaupt anfangen, wir müßten deshalb gerade jetzt anfangen. Die Hoffnung, daß es in zehn Jahren bessere technische Möglichkeiten gebe als heute, sei nur dadurch zu realisieren, daß schon jetzt, möglichst ohne Verschleppung, in stärkster Weise in dieser Richtung gearbeitet würde.

Vorrangige Probleme

Nach Ansicht von Prof. Jordan stehen folgende Probleme im Vordergrund der Diskussion: 1. der Luftschutz als Schutz der Bevölkerung gegen Trümmer und radioaktive Niederschläge; 2. ein darüber etwas hinausgehender, in begrenztem Maße zur Diskussion stehender Druckschutz, der bis etwa 3 atü reichen würde; 3. die nach Maßgabe der vorhandenen Unterlagen und Möglichkeiten schon jetzt in Angriff zu nehmenden Anlagen und die Erneuerungen von größeren Bunkern. Für den Grundschutz müsse in jedem größeren und kleineren Haus und möglichst in jedem Betrieb gesorgt werden. Dieses sei schon wegen der vermutlich kurzen Warnzeiten erforderlich. Aber es sei auch unrealistisch, zu meinen, daß ein Katastropheneignis nur aus blauem Himmel herauf erfolgen werde. Es sei wahrscheinlicher, daß ihm einige Wochen einer zunehmenden bedrohlichen Atmosphäre vorausgehen und daß es jedenfalls nicht nötig sei, wie jemand einmal gesagt habe, daß die Bevölkerung u. U. in Tiefgaragen steigen müsse, die noch mit benzingefüllten Autos gefüllt seien. Große Bunker sollten mit Zugängen versehen werden, die in größerer Zahl in einer gewissen Umgebung verteilt wären und die mit entsprechenden Laufgängen auf den Bunker zuführten. Wir stünden erst im Anfang einer systematisch intensiven technischen Durchdenkung der Probleme. Aber mit diesem Denken müsse angefangen werden.

Passivität ist unverzeihlich

Aus vielen im einzelnen genau analysierbaren Gründen sei damit zu rechnen, daß die Stadtbevölkerung in gewissem Ausmaß stärker gefährdet sei als die Landbevölkerung. Deshalb müsse an die zusätzliche Verstärkung des Grundschutzes durch einen Druckschutz zuerst für die Stadtbevölkerung gedacht werden. Daß vielleicht unzulänglich oder gar falsch gehandelt werde, sei weniger schlimm, als wenn überhaupt nichts geschehe. Passivität angesichts einer Gefahr sei dasjenige, was keine Verzeihung verdiene und was keine Rechtfertigung aus irgendwelchen Überlegungen heraus erfahren könne. Abschließend erklärte Prof. Jordan: „Ich glaube, daß das Mitmachen der Bevölkerung, was ja erforderlich für jedes Ingangbringen der aktuellen und dringlichen Pläne ist, durchaus möglich ist. Die psychologische Situation fängt jetzt an, reif dafür zu werden. Politische Praktiker sollten ruhig in ihre Kalkulationen die Tatsache einbeziehen, daß bei künftigen Wahlen in zunehmendem Maße die Wähler auch danach fragen werden, wieweit ihre Partei sich einsetzt, für Bemühungen im Rahmen des Möglichen etwas für einen Schutz zu tun. Wenn die regierungsseitlichen Maßnahmen, wenn die von Parlament und Regierung beschlossenen und unterstützten Maßnahmen wirklich so aussehen, daß sie für die Bevölkerung vertrauenerweckend sind, dann halte ich es für sicher, daß in gar nicht langer Zeit auch die Bevölkerung weitgehend zum Mittragen dieser Bestimmungen gewonnen wird, die heute noch auf den Schultern einer verhältnismäßig kleinen Zahl aufrichtiger Staatsbürger, Männer und Frauen, ruhen, die trotz aller Gegenpropaganda es auf sich genommen haben, in einem selbstlosen Dienst den Gefahren der Zukunft entgegenzuwirken.“

Hinsichtlich der von Prof. von Weizsäcker geäußerten Ansicht, bei einem totalen Krieg sei der Wert des Druckschutzes (Bau von Schutzräumen, die einen Druck von 3 atü aushalten) praktisch gleich Null, vertrat Professor Jordan die Meinung, mit derartigen Schutzräumen könne ein halbes Prozent der Bevölkerung mehr gerettet werden als ohne sie. „Ich möchte nicht gern ein Todesurteil für 250 000 Menschen unterstützen, wenn es mit finanziellen Erwägungen begründet ist.“

★



Von links nach rechts: Beim Podiumgespräch Ministerialdirektor Hans-Arnold Thomsen, Ministerialrat Dipl.-Ing. Erhard Schmitt und Pfarrer Dr. Böhme (Evangelische Akademie Bad Boll), der die Tagung vorbildlich leitete.

Professor Dr. Carl Friedrich Freiherr von Weizsäcker, der ebenfalls das Thema „Möglichkeiten und Grenzen des Schutzes im atomaren Zeitalter“ behandelte, bekannte sich uneingeschränkt zu sämtlichen Positionen des soeben in 2. Auflage erschienenen Memorandums der Vereinigung Deutschen Wissenschaftler: „Ziviler Bevölkerungsschutz heute.“ In diesem Memorandum heißt es u. a.: „Ein Schutz größerer Teile der westdeutschen Bevölkerung ist unmöglich, wenn der Gegner deren Vernichtung beabsichtigt.“

Die Überlebens-Chancen

Professor von Weizsäcker schätzte die Gefahren in einem künftigen Krieg und die Überlebens-Chancen des einzelnen wie folgt ein:

Ein Krieg könne in den verschiedensten Formen ausbrechen, angefangen von mit Soldaten unternommenen Grenzwischenfällen bis zum globalen Weltkrieg. Wenn man diese Tatsache in Erwägung ziehe, stünden die Chancen, daß der Friede überall auf der Welt erhalten werden kann, 40:60, d. h. es besteht zu 60% Kriegsgefahr. Wenn es zu Kriegen komme, so ist nach Ansicht von Professor von Weizsäcker zu zwei Drittel die Chance gegeben, daß sie begrenzt bleiben, zu einem Drittel drohe die Wahrscheinlichkeit einer Ausweitung zum totalen Krieg. Zu einem Achtel bestünde die Gefahr, daß begrenzte Kriege sich in Deutschland abspielen würden. Ein totaler Krieg werde mit einer Wahrscheinlichkeit von vier Fünfteln Deutschland in Mitleidenschaft ziehen. Nach diesen Annahmen ist der statistische Erwartungswert, daß Deutschland Schauplatz eines Krieges wird, drei Prozent für den konventionellen Krieg, fünf Prozent für den begrenzten Atomkrieg und dreizehn Prozent für den unbegrenzten Atomkrieg.

Nach Professor von Weizsäcker ergibt sich unter Zugrundelegung dieser Zahlen für jeden Bundesbürger in folgenden Prozentzahlen die Wahrscheinlichkeit, durch Kriege das Leben zu verlieren:

zu 15 Prozent, wenn keine Schutzvorkehrungen getroffen werden; zu 12 Prozent, wenn der Grundschutz (gegen Trümmer und Strahlung) verwirklicht wird; zu 11½ Prozent, wenn außerdem in Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern Schutzräume gebaut werden, die einem Druck von drei atü widerstehen.

Professor von Weizsäcker vertrat ferner die Ansicht: „Die Entwicklung militärischer Theorien zielt darauf, Rüstungen so einzurichten, daß Kriege begrenzter Art geführt werden können. 90 Prozent dieser Kriege aber können nicht gefochten werden, ohne daß die große Katastrophe eintritt.“ Man müsse, fügte von Weizsäcker hinzu, sich vor der Annahme hüten, daß dort, wo die Manöver aufhörten, auch ein wirklicher Krieg sein Ende finde.



Dr. phil. Carl-Friedrich Freiherr von Weizsäcker – Physiker und Philosoph, ordentl. Professor und Direktor des Philosophischen Seminars der Universität Hamburg – während seines Vortrages in Bad Boll.

Wert der Druckschutzmaßnahmen

Professor von Weizsäcker hielt die im jetzigen Gesetzentwurf vorgesehenen verstärkten Druckschutzmaßnahmen (für 3 atü Druck) für unbrauchbare Vorschläge. Im Fall eines konventionellen Krieges sei die Überdruckwirkung nicht so groß, daß es sich lohne, mit so hohen Kosten die vorgesehenen 3-atü-„Druckbunker“ zu bauen. Bei vollem Einsatz atomarer Waffen sei ihr Schutz gleich Null. Wenn ein potentieller Gegner nicht vor radikalen Maßnahmen zurückschreke, müßten die Schutz- und Sicherungsmaßnahmen zwanzigmal stärker (und dadurch entsprechend teurer) sein. Der vorliegende Regierungsentwurf schätze die Kosten jedes einzelnen verstärkten Schutzplatzes mit 760 DM ein. Nach Ansicht von Professor von Weizsäcker reicht das nur für einen halben Quadratmeter Schutzraum je Person, ein Raum, in dem man sich nur wenige Stunden aufhalten könnte, ohne zu ersticken. Optimale Schutzmaßnahmen würden erst in Jahrzehnten und mit ungeheurem Aufwand und auch dann erst für die dichtestbesiedelten Gebiete mit den lohnendsten Vernichtungszielen geschaffen werden können. Professor von Weizsäcker erklärte wörtlich: „Ich habe das Gefühl, was jetzt vorgeschlagen ist – ich bitte den Herrn Minister, die Vertreter des Ministeriums und die Herren, die dieses ausgearbeitet haben, meine Ansicht zu entschuldigen, zumal ich die große Mühe, die investiert wurde, anerkenne –, daß das eine halbe Maßnahme ist, die schlechter ist als gar keine. Sie wäre nicht schlechter, sondern nur gleich schlecht, wenn sie nichts kostete. Da sie aber doch sehr teuer ist, scheint es mir sinnvoll, daß wir sie bleibenlassen, damit wir solche Maßnahmen,

Eine Phase des Podiumgesprächs (von rechts nach links): Professor Dr. Carl-Friedrich Freiherr von Weizsäcker, Professor Dr. Pascual Jordan, Bundestagsabgeordneter und Vors. des Innenausschusses Hermann Schmitt-Vockenhausen und der Journalist Wolf Schneider, München.



die wirklich sinnvoll sind, auch wirklich durchführen können und uns nicht belasten mit einem Klotz am Bein, den wir gar nicht ziehen können und der uns außerdem nichts nützt.“

Unterschiedliche Lage

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen erklärte Professor von Weizsäcker, daß zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und der Bundesrepublik in der friedensfördernden Abschreckungswirkung gegen einen möglichen Aggressor durch große Maßnahmen des Bevölkerungsschutzes ein entscheidender Unterschied bestehe. Man solle daran denken, daß z. B. ein Schutzprogramm auch den Eindruck erwecken könne, wir wollten unserem sehr viel stärkeren Nachbarn und Gegner drohen, wir wollten gegen ihn einen Krieg führen, weil wir glaubten, ihn überleben zu können. So etwas würde ein schwerer politischer Fehler sein. Anders sei die Sachlage bei den USA. Die Vereinigten Staaten stünden in einem Verhältnis zur Sowjetunion, in dem eine Überlegung, wie er sie soeben angestellt habe, sehr sinnvoll sei, und dort könne sie auch kriegsverhütend wirken, weil eine glaubwürdige Drohung unter Umständen wirklich kriegsverhütend wirke. Wir dürften aber nicht annehmen, das gleiche gelte für eine Situation wie die der Bundesrepublik. „Die Bundesrepublik ist aus vielen Gründen sowohl strategisch wie psychologisch nicht in der Lage, daß sie eine solche Drohung auch nur am Horizont erscheinen lassen kann, ohne die schrecklichsten Rückwirkungen auf unsere politische Situation.“

Neue strategische Überlegungen

Professor von Weizsäcker wies auf die Gefahr hin, in eine Art „Managertum der Schutzmöglichkeiten“ zu verfallen und die Gesamtkonzeption aus den Augen zu verlieren. Er wies ferner darauf hin, daß auch in den neueren strategischen Überlegungen der NATO und der Vereinigten Staaten von Amerika – selbst Kissinger habe sich korrigiert – die These vom begrenzten atomaren Krieg an Bedeutung verliere, was in der verstärkten Forderung nach ausreichender konventioneller Bewaffnung zum Ausdruck komme. Sollte sich allerdings die These von der Begrenzbarkeit atomarer Großkriege behaupten, dann sanken die langfristigen Friedenschancen auf nahezu null Prozent, die Wahrscheinlichkeit wiederholbarer, begrenzt atomarer oder konventioneller Kriege steige. Der Effekt wiederholter, begrenzt atomarer Kriege aber käme in seiner Vernichtungswirkung dem unbegrenzten atomaren Krieg nahe. Professor von Weizsäcker schloß seine Ausführungen mit der Feststellung: „Unser Bewußtsein muß bereit sein, den schrecklichen Gefahren, die die Zukunft ganz unweigerlich für uns enthält, wirklich ins Auge zu sehen, jede dieser Gefahren sorgfältig im Detail abzuschätzen, um ruhige und vernünftige Schritte demgegenüber zu unternehmen. Das ist eigentlich das entscheidend Wichtige. Dieses Bewußtsein führt, so scheint mir, zwangsläufig dazu, daß man bereit ist, Bevölkerungsschutzmaßnahmen zu ergreifen, und es führt ebenso zwangsläufig dazu, daß man bereit ist, sie nicht zu überschätzen, sondern zu wissen, daß die eigentlich wichtigen Schritte – Schritte sind, die dazu führen, daß der Krieg eines Tages aufhört.“

★

Bundesminister des Innern, Hermann Höcherl, bezeichnete in einem Podiumgespräch u. a. den Entwurf der Bundesregierung zur Notstandsgesetzgebung als den rechtsstaatlichsten der westlichen Welt. Die militä-

»Wir Bürger

SELBSTSCHUTZWOCHE
IN HEIDELBERG

unserer schönen Stadt«

Die in Heidelberg durchgeführte Selbstschutzwoche vom 21. bis 26. Oktober stand unter dem Motto: „Der Bürger im Selbstschutz“. Der Schirmherr, Oberbürgermeister Weber, hat in seinem Aufruf an die Bevölkerung u. a. ausgeführt: „Vor Katastrophen sind wir niemals sicher! Sie hat es zu allen Zeiten gegeben. Vergewärtigen wir uns weiter die unverändert krisenhafte Weltlage, so werden wir immer lauter gemahnt, uns selbst zu schützen. Wir Bürger unserer schönen Stadt wollen — genau wie jene in den Jahrhunderten vor uns — Kräfte aufbieten, um unsere Stadt, unsere Gemeinschaft und uns selbst so einzurichten, damit in möglichen Tagen des Unglücks die Not gemindert werden kann.“ Seinem Aufruf sind viele Bürgerinnen und Bürger Heidelbergs gefolgt und haben Veranstaltungen sowie die Selbstschutz-Ausstellung besucht.

Der Auftakt war ein Empfang durch die Stadt im Saal des Kurpfälzischen Museums. Bürgermeister Schmidt-Brücken konnte eine große Zahl prominenter

Gäste begrüßen. Anwesend waren u. a. Delegationen ausländischer Zivilschutzorganisationen aus Finnland, Luxemburg und Österreich sowie das geschäftsführende Vorstandsmitglied des BLSV, Leitender Regierungsdirektor Wolfgang Fritze.

In seiner Begrüßungsansprache schilderte Bürgermeister Schmidt-Brücken die Situation Heidelbergs in bezug auf den Aufbau des zivilen Bevölkerungsschutzes. Neben den alten Stadtteilen, die durch ihre große Brandempfindlichkeit wenig Schutz bieten, gäbe es zwar neue Stadtviertel, bei deren Ausbau man verabsäumt habe, Schutzräume einzubauen. Doch die baulichen Gegebenheiten sind nicht allein ausschlaggebend, um einen Schutz der Zivilbevölkerung zu gewährleisten. In erster Linie gelte es, den Schutzwillen der Bevölkerung zu mobilisieren. Man spreche zwar viel vom Gemeinsinn, denke aber nur an sich. Der Wohlstand trenne die Menschen; deshalb war es klug vom BLSV, daß er über seine Veranstaltungen das Wort stellte: „Im Wohlstand an den Notstand denken“.

Der Aufbau des Selbstschutzes in Heidelberg wird davon abhängig sein, ob sich die Bevölkerung das Wort Pfarrer Werners zu eigen machen wird: „Was nicht zur Tat wird, hat keinen Wert.“ Der Bürgermeister gab seiner Freude Ausdruck, daß auch Zivilschutzexperten aus dem Ausland nach Heidelberg gekommen seien. Der Erfahrungsaustausch sei immer fruchtbar, denn nirgendwo gelte das Wort vom Propheten im eigenen Land mehr als in unseren Städten. Ein Bildband der Stadt Heidelberg soll die Erinnerung an diesen Empfang und an Heidelberg wachhalten. Der Vizepräsident des österreichischen Zivilschutzes, Dr. et Mag. Rotterle Beau, dankte im Namen der ausländischen Gäste für die herzliche Aufnahme in Heidelberg.

Am Nachmittag fand die offizielle Eröffnung der Selbstschutzwoche durch Oberbürgermeisters Weber statt. Nachdem Landesstellenleiter Görnemann über den Zweck der Selbstschutzwochen referiert und dabei betont hatte, daß „wir hoffen wollen, daß wir uns im Falle einer Katastrophe niemals den

rische Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik könne auf die Dauer nicht ernst genommen werden, wenn nicht für einen glaubhaften Schutz der Bevölkerung gesorgt werde. Der Bundesinnenminister pointierte die Forderung, daß die Anstrengungen und Vorhaben der Zivilverteidigung möglichst eng mit dem gesamten Verteidigungskonzept verbunden werden müßten: „Damit wäre schon viel geschafft.“ Das Bundesinnenministerium habe keinen Autoren-Ehrgeiz, was seine Entwürfe anbeträfe. „Jede Erfahrung, die es nach unserer Meinung verdient, wird ernst genommen und verwertet werden.“

Wissenschaftlich-technischer Dialog

Der wissenschaftlich-technische Dialog wurde bestritten von Ministerialrat Dipl.-Ing. Erhard Schmitt (BMI) und Rechtsanwalt Afheldt. Ministerialrat Schmitt sagte u. a.: Bei Abwurf einer Fünf-Megatonnenbombe in Städten über 50 000 Einwohnern würden bei Sechs- bis Neun-atü-Schutzräumen Verluste von zehn Prozent, bei Zwei- bis Drei-atü-Schutzräumen Verluste von vierdzwanzig bis dreißig Prozent sich ergeben. Ohne diese Schutzräume würden im Zentrum einer Stadt die Bevölkerungsverluste 94% ausmachen.

Das Schutzbauprogramm der Bundesregierung rechtfertigte

Ministerialdirektor Thomsen (BMI). Nicht mehr der Vernichtungsschlag stehe im Vordergrund der militärischen Erwägungen, sondern der konventionelle Krieg mit taktischen Atomwaffen. Danach müsse man die Möglichkeit von Schutzmaßnahmen beurteilen. — Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des Innenausschusses Schmitt-Vockenhausen (SPD) setzte sich dafür ein, die Probleme des zivilen Bevölkerungsschutzes sachlich zu erörtern. Er plädierte dafür, daß man zunächst den Ausbau eines zivilen Schutzkorps und den verstärkten Ausbau des Grundschutzes vorantreiben solle.

Tagungsschluß

Die Tagung klang aus mit einem Beitrag von Professor Undeutsch, Köln, über Probleme der Meinungsbildung in der Öffentlichkeit. Zum Abschluß der gesamten Vorträge und Diskussionen, über die wir noch ausführlich berichten werden, stellten Professor von Weizsäcker und Ministerialdirektor Thomsen fest, daß unter den Beteiligten über weite Gebiete Einigkeit bestehe. Das gelte insbesondere für die Notwendigkeit, die Bevölkerung zu unterrichten und anzuleiten, für den Nutzen der Nachbarschaftshilfe und für die Notwendigkeit baulicher Maßnahmen, vor allem des Grundschutzes. Über die noch strittigen Probleme soll es in allernächster Zeit zu weiteren Gesprächen kommen.

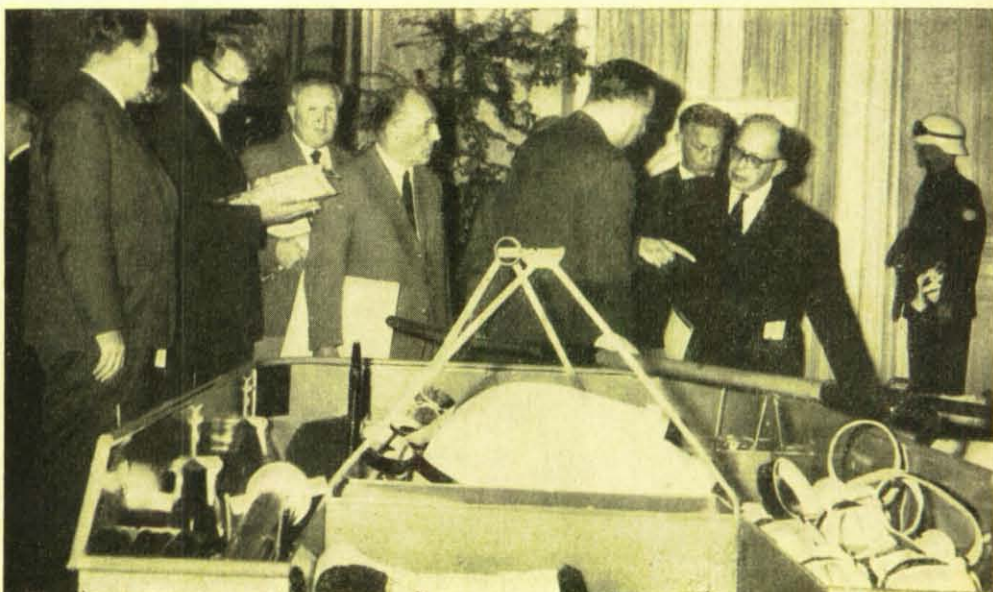


◀ **Ltd. Regierungsdirektor W. Fritz**, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bundesluftschutzverbandes, bei einem Rundfunk-Interview während des Presseempfangs in Heidelberg. Rechts: Direktor Hans vom Österreichischen Zivilschutzverband unterrichtet die Gäste über den jetzigen Stand des zivilen Bevölkerungsschutzes in seinem Land. ▶



Links: Major Brahms, Direktor der Protection Civile des Großherzogtums Luxemburg, sprach zu den Journalisten beim Presseempfang. Oben: Den Gästen wurden Reproduktionen der alten Stadt überreicht. Unser Bild: Der Vizepräsident des Österreichischen Zivilschutzverbandes, Dr. et Mag. Fritz Rotterle Beau (rechts), bedankte sich bei Bürgermeister Schmidt-Brücken für die Ehrengabe.

Die Geräte des Selbstschutzes, deren Gebrauch in den Lehrgängen des Bundesluftschutzverbandes gelehrt wird, fanden immer wieder wegen ihrer Zweckmäßigkeit die Anerkennung der Besucher der Zivilschutzausstellung.



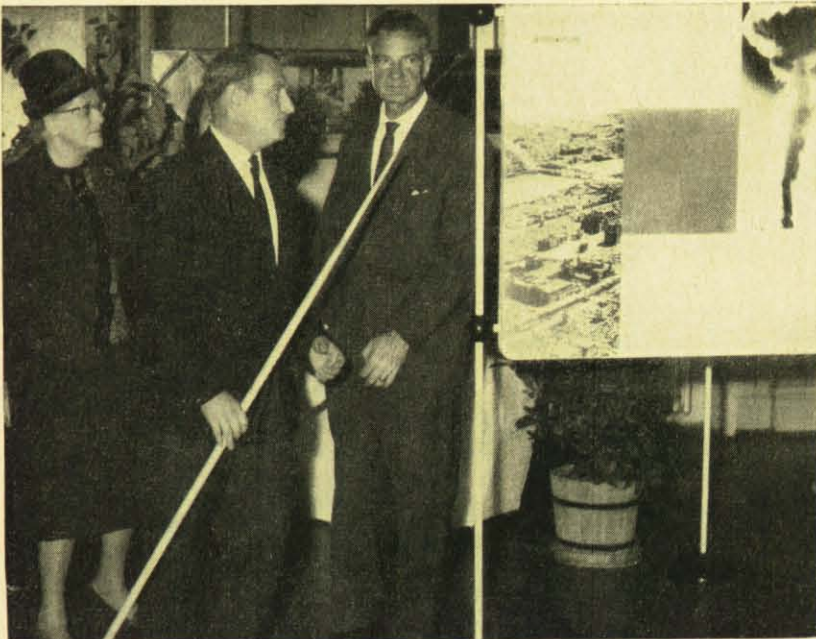


Rechts oben: Oberbürgermeister Robert Weber läßt sich Ausrüstungsgegenstände in der Zivilschutzausstellung erläutern. Rechts: Bei der Eröffnung der Selbstschutzausstellung des BLSV in Heidelberg waren auch Offiziere der NATO-Verbände anwesend.

Vorwurf machen müssen, etwas zur Aufklärung und zum Schutz der Bevölkerung versäumt zu haben“, sprach Oberbürgermeister Weber als Schirmherr der Se-Woche. Er wies darauf hin, daß man bei uns noch immer das „Ob“ und „Warum“ des zivilen Bevölkerungsschutzes diskutiere, während unsere Nachbarn längst beim „Wie“ angelangt seien. Wenn der Selbstschutz zur Pflicht gemacht werden wird, werden damit außerordentlich hohe Belastungen persönlicher und finanzieller Art verbunden sein. Vor allem werde es auf dem Gebiete des Schutzraumbaues sehr schwierig werden, die Besitzer der Altbauten von der Notwendigkeit eines Schutzraumeinbaues zu überzeugen.

Nur, wenn der Bürger aktiv an allen vorgesehenen Maßnahmen teilnehmen wird, ist die Gewähr gegeben, daß das Schutzpotential angehoben wird. Mit einem Dank an die Helferschaft des BLSV, die ein Beispiel für wahren Bürgersinn geben, und mit dem Wunsche, daß die Selbstschutzwoche einen nötigen Wiederhall finden möge, schloß der Oberbürgermeister seine Eröffnungsansprache.

Anschließend eröffnete Ortsstellenleiter von Lüttichau die Ausstellung und führte die Besucher in die gesamte Problematik des zivilen Bevölkerungsschutzes ein. 12 Aufklärungsveranstaltungen während der Selbstschutzwoche wurden mit Erfolg durchgeführt.



Links und oben: Blick in die Zivilschutzausstellung während der Selbstschutzwoche in Heidelberg, die von vielen Bürgern der schönen, alten Universitätsstadt am Neckar besucht wurde.



»Unser Selbstschutz« unterwegs

Erfahrungen
eines Leiters
der Fahrbaren
Ausstellung

Seit Jahren fährt der Ausstellungswagen „Unser Selbstschutz“ über die Straßen der Bundesrepublik. Es ist ein imponierendes Fahrzeug. Respektvoll stoppen die entgegenkommenden Fahrer, wenn die 20 Tonnen — 2,70 m breit und 4 m hoch — auf sie zukommen. Gewicht und Ausmaß machen Eindruck, aber wie in allen Dingen gibt es auch hier zwei Seiten. Ein Hinweisschild „16 to“ an einer Brücke bereitet Kopfzerbrechen. Zur Streckenerkundung war keine Zeit gewesen. Also das Fahrzeug wenden? Es ist 19 Meter lang. Kommt es von der festen Fahrbahn ab, kann es absacken. Drei Zugmaschinen haben sich schon einmal in einem solchen Fall bemüht, es wieder auf die Straße zu bringen. Soll man den Umweg nehmen? Die Zeit ist knapp, und der Eröffnungstermin lange festgelegt. Jede Verspätung kann Ärger bringen. Oder soll und darf man mit der höheren Sicherheit der Brücke rechnen?

Am Ortsschild des Einsatzortes wird der Koloß

Oben: Die Fahrbare Ausstellung ist auf einem günstigen Platz aufgebaut worden. Zu den ersten Besuchern in den Vormittagsstunden gehören die Schulklassen. Der Filmwerbewagen ist zur Unterstützung der Ausstellung eingesetzt. **Unten:** Besucher an den Schaubildern.



Das ist unsere Situation

Spannungen gefährden unsere Sicherheit. Aber die Welt braucht und will Frieden. Trotz jahrelanger Verhandlungen ist noch keine echte Entspannung erkennbar.

Die ständige Bedrohung unserer Sicherheit zwingt zum Handeln. Der Selbsterhaltungstrieb verlangt kategorisch den Schutz der Zivilbevölkerung.

gestoppt, denn von hier ab wird uns die Polizei zum Standort schleusen. Langsam geht es durch oft enge und winklige Straßen. Passanten bleiben stehen und schauen zu, wenn sich das Ungetüm um die Ecken windet. Aus der Fahrerkanzel heraus kann man an ihren Lippen ablesen, wie sich die Worte „Bundesluftschutzverband“ formen, die groß auf den Seitenwänden stehen.

Endlich sind wir an Ort und Stelle. Die ersten Probleme tauchen auf: Tragfähigkeit des Bodens, Stromanschluß usw. Der Blick geht prüfend in die Runde. Wie ist die Lage? Wie stark ist der Verkehrsstrom? Sind Haltestellen in der Nähe? Zwar hingen in Schaufenstern und an Anschlagssäulen Plakate, doch die richtige Platzwahl ist mit von ausschlaggebender Bedeutung. Die Erfahrung hat es immer wieder gezeigt.

Wer alles kommt

Der Filmwagen hat auf die Ausstellung aufmerksam gemacht, nun kommen die ersten Besucher. Sie stehen vor den Tafeln und Modellen und versuchen ihren Sinn zu erfassen. Einer wird angesprochen. Die Nachbarn werden aufmerksam und treten näher. Es dauert nicht lange, dann sind alle an einer Stelle versammelt, und die Führung kann beginnen.

So geht es Tage, Wochen, Monate. Und doch ist es nicht immer „dasselbe“. Man wäre in kurzer Zeit eine Schallplatte: „Meine Damen und Herren! In der ersten Abteilung sehen Sie ...“

Da ist die Hausfrau vor dem Modell mit der Notbevorratung: „Warum ist auf den Konservendosen kein Herstellungsdatum? Wie soll ich wissen, wie lange sich die Lebensmittel noch halten?“

Der Mann aus dem Volke: „Sagen Sie ehrlich, glauben Sie wirklich an eine reelle Chance des Überlebens? Oder reden Sie nur so, weil Sie dafür bezahlt werden?“

Ein älteres Ehepaar kommt. Etwas schüchtern wickelt er ein Päckchen aus. Er hat sich ein Strahlenmeßgerät gekauft, wird aber mit der Bedienungsanleitung nicht fertig. Ein junges Paar folgt interessiert der Erklärung. Sie gibt ihrem Mann einen leichten Stoß und flüstert ihm etwas zu. Er gibt sich einen Ruck: „Wo kann man so etwas kaufen, und was kostet das Ding?“ Er notiert sich die Anschrift, andere Zuhörer greifen ebenfalls zum Notizbuch.

Ein Handwerker will sich ein Eigenheim bauen und hat Zeichnung, Baugenehmigung usw. mitgebracht. „Wo und wie kann ich mir am besten einen Schutzraum anlegen?“ Auch dieses Gespräch interessiert viele.

Ein älterer Herr stellt präzise Fragen, die schon ins Wissenschaftliche hineingehen. Trotzdem hören die anderen aufmerksam zu: „Der scheint ja allerhand wissen zu wollen!“ Das will er auch! Es ist der Physiklehrer einer höheren Schule und will den Besuch seiner Klassen vorbereiten.

Eine Gruppe Studenten aus dem Vorderen Orient betritt den Wagen. Wie heißt Luftschutz wohl auf arabisch? Gott sei Dank, unsere Gäste verstehen Englisch und eine „information about civil defence“ kann beginnen. Kaum sind die Studenten befriedigt gegangen, da erscheinen italienische Gastarbeiter. Einer versteht Französisch und dolmetscht für seine Landsleute. Am nächsten Tag erscheint der Sprachgewandte und bittet, seinen mitgebrachten Freunden die Ausstellung erklären zu dürfen. Eine einladende Geste, und wortgewaltig (auf italienisch) und mit vielen Gebärden beginnt er „seine Führung“.

Schlimm sind die „Erfinder“. Phantastische Dinge werden angeboten. Es fehlen gewöhnlich nur ein paar tausend Mark, und die Sache wäre „fabrikationsreif“.

Eine Schulklasse zieht geschlossen auf den Wagen zu. Die Jungen halten ihre Aktentaschen über den Kopf. Im vorausgegangenem Unterricht wurden die Jungen also schon auf selbstschutzmäßiges Verhalten hingewiesen. Sie haben sich das herausgesucht, was ihnen „Spaß“ macht. Nicht übel, da können wir bei der Führung gleich anknüpfen! Übrigens soll es vorgekommen sein, daß ein paar aufgeregte Jungen beim Betreten des Wagens flüsterten: „Können Sie nicht ein bißchen länger machen?“ In der nächsten Stunde ist nämlich eine Mathematikarbeit!“

Die Eröffnung

Besondere Sorgfalt wird von den Dienststellen der Eröffnung beigemessen. An manchen Kleinigkeiten kann man den Grad der Zusammenarbeit mit dem örtlichen Luftschutzleiter erkennen. Erfreulich ist es immer, wenn der LS-Hilfsdienst mit seinen Fahrzeugen aufgefahren ist. Bei der Begrüßung der Gäste darf keine wichtige Person des Ortes vergessen werden. Auch die richtige Reihenfolge und die Dienststellung sind von

Sind Sie ein Freund des Sports?

Dann ist die
die richtige Zeitschrift für Sie

SPORT
ILLUSTRIERTE

Wer sie liest, ist
über sämtliche
Sportarten
informiert
und kann
immer mitreden



Das Magazin
für
Sport
und Motor

SPORT
ILLUSTRIERTE

farbig + fesselnd

Erhältlich BEI JEDEM ZEITSCHRIFTENHÄNDLER
oder schreiben Sie direkt an den Verlag
Sie erhalten ein kostenloses Probeheft
MÜNCHNER BUCHGEWERBEHAUS, 8 MÜNCHEN 13



Baustoffe und ihre abschirmende Wirkung gegen radioaktive Strahlen.



Kenntnisse in der Ersten Hilfe allein gewährleisten in der Praxis noch keine ausreichende Notversorgung - es müssen auch die nötigen Verband- und sonstigen Hilfsmittel zur Hand sein.

Wichtige Voraussetzung für den Aufenthalt im Schutzraum ist ein für ca. 2 Wochen



Schutzbauten sowie behelfsmäßige Schutz- und Schutzunterkünfte sind so auszustatten, daß ein längerer Aufenthalt in ihnen möglich ist.

Kenntnisse in der Ersten Hilfe allein gewährleisten in der Praxis noch keine ausreichende Notversorgung - es müssen auch die nötigen Verband- und sonstigen Hilfsmittel zur Hand sein.



Kenntnisse in der Ersten Hilfe allein gewährleisten in der Praxis noch keine ausreichende Notversorgung - es müssen auch die nötigen Verband- und sonstigen Hilfsmittel zur Hand sein.

Die Ausstellung „Unser Selbstschutz“ wirbt mit Modellen und Schaubildern. Während morgens und nach Mittag meist Jugendliche als Besucher gezählt werden, kommen gegen Abend die Erwachsenen.



Bedeutung. Da hat es der Leiter der Ausstellung einfacher, denn er beginnt mit: „Meine Damen und Herren!“

Und zwischen allen steht der Mann von der Presse. In seinem Notizblock ist immer irgendwie noch ein Fleckchen frei, auf das er ein Stichwort notieren kann. Seinem Bericht ist es zu verdanken, wenn der Besucherstrom am nächsten Tag anschwillt. Ein flott geschriebener Artikel und eine gute Überschrift sind viel wert!

Auch Überraschungen kommen vor. Ein schwarzes Gerät wird einem plötzlich vor die Nase gehalten: „Ab! Ton läuft!“ Der Reporter vom Rundfunk ist da. „Wie steht hier die Bevölkerung zum Selbstschutz? — Welche Fragen werden von den Besuchern gestellt? — Wie verhalten sich die Gegner? — Was glauben Sie, müßte die Regierung tun?“ Lange Zeit zum Überlegen wird nicht gelassen. Ton läuft!

Schlimmer ist es beim Fernsehen. Die „Telewinker“ wollen mit ins Bild kommen, eine Menge Leute vom technischen Stab drängt sich durch die Ausstellung, überall liegen Kabel. Aber irgendwie kommt doch alles zum guten Ende.

B. W.

In Kürze:

Brennelemente zu Staub verglüht

Mit der Attrappe eines Reaktors (Typ SNAP 10 A), der 500 Watt Betriebsstrom für Raumfahrzeuge liefern kann, ließ die US-Atomenergie-Kommission (AEC) Ende Mai den ersten Flugtest durchführen. Eine vierstufige SCOUT-Feststoffrakete schob das Gerät vom Startplatz Wallops Island (Virginia) über eine 1200 km lange Strecke in das Gebiet südlich von Bermuda im Atlantik; das Maximum der Flughöhe betrug 150 km. Bei der Rückkehr trat die Nutzlast mit einer Geschwindigkeit von 6600 m/sec in die dichte Atmosphäre ein. Das Experiment sollte die Frage klären helfen, ob infolge der starken Erhitzung, die bei dieser Geschwindigkeit durch die Reibung mit der Luft entsteht, radioaktive Bestandteile wie Brennelemente zu derart fein verteiltem Staub verglühen, daß sie in großer Höhe praktisch auf Jahre hinaus in der Schwebelage gehalten werden. Dabei verlieren sie ihre Aktivität, so daß sie keinen Schaden anrichten, wenn sie schließlich zur Erdoberfläche sickern.

Raketentechnik

Eine Rakete muß einen Temperaturbereich von etwa -250°C bis $+9000^{\circ}\text{C}$ bewältigen, die untere Grenze bei verflüssigten Gasen als Treibstoffen, die obere beim Wiedereintritt in die Atmosphäre, der mit ca. 25 000 km/h erfolgt. Im Vakuum des Welt-raums ist die Rakete bei tiefsten Temperaturen der kosmischen und der Sonnenstrahlung ausgesetzt, und die mechanische Belastung, wenn sie in die Atmosphäre eintritt, entspricht der Wucht, mit der ein Auto bei 100 Stundenkilometern Geschwindigkeit frontal auf eine Mauer prallt.

Es ist kaum vorstellbar, daß die Kunststoffe solchen Anforderungen gewachsen sein sollen, und doch sind neue Produkte in den letzten Jahren entwickelt worden, die andere Werkstoffe wie Metalle, deren Legierungen usw. nicht nur vollwertig ersetzen konnten, sondern ihnen sogar in gewissen Bereichen überlegen sind. Die Zuversicht, mit der die Hersteller dieser Produkte deren Eigenschaften beurteilen, geht am besten wohl daraus hervor, daß bereits vor mehr als zwei Jahren ein amerikanisches Firmenkonsortium einer offiziellen Stelle den Vorschlag unterbreitete, sofort ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm für eine mehrstufige, völlig aus Kunststoffen bestehende Rakete in Angriff zu nehmen. Es ist im einzelnen nicht bekannt geworden, ob dieser Vorschlag aufgegriffen wurde. Man kann aber mit Sicherheit damit rechnen, daß die Forschung an diesem Programm arbeitet: die „All-Plastic-Rakete“ wird wohl über kurz oder lang kommen.

Man kann eine Rakete vereinfacht in 3 Grundsysteme einteilen, nämlich die Zelle (also der Raketenkörper), das Triebwerk und den Treibstoff. In allen diesen 3 Teilen haben sich gewisse, für diesen Sonderzweck gestaltete Kunststoffe bereits einen Platz erobert. Schon frühzeitig wurden die Raketenspitze und die Stabilisierungsflossen, also diejenigen Teile der Rakete, die der größten thermischen und mechanischen Belastung ausgesetzt sind, aus Schichtstoffen auf Phenolharzbasis, Polyesterbasis u. dgl. aufgebaut. Ihre Qualität wurde im Laufe der Zeit immer mehr verbessert.

Auch im Treibstoff haben Kunststoffe, seitdem die festen Treibstoffe eine stärkere Rolle zu spielen begannen, ein neues Einsatzgebiet gefunden. Dabei handelt es sich besonders um Polybutadiene und Polyurethane, die im Durchschnitt bis zu 20% des Gewichts des festen Treibstoffs ausmachen. Im Triebwerk schließlich, das Temperaturen bis über 3000°C ausgesetzt ist, finden ebenfalls bereits Kunststoffe Anwendung, die für die relativ kurze Zeit der Belastung beim Aufstieg der Rakete diesen extremen Werten standhalten. Kunststoffe in anderer Form, nämlich flüssige Polymere, finden Anwendung als Schmiermittel sowie in hydraulischen Systemen und müssen ebenfalls Extrembedingungen gewachsen sein.

Isotope überführen Verbrecher

Bei Revolvermunition finden sich im Zündhütchen durchweg geringe Mengen einer Antimonverbindung, gelegentlich auch einer Bariumverbindung, von denen auch Spuren an der Hand des Schützen zurückbleiben. Bei Verdächtigen nimmt man von verschiedenen Stellen der Hand einen „Pulverabdruck“ mittels Filterpapier. Diese Probe wird in einem Reaktor einem intensiven Neutronenbombardement ausgesetzt. Hierdurch verwandeln sich Atome von Antimon oder Barium in radioaktive Isotope. Mit einem Gammastrahlenspektrometer werden die strahlenden Teilchen „sortiert“ und mengenmäßig bestimmt.

Krankenhausbehandlung bei Strahlenschäden

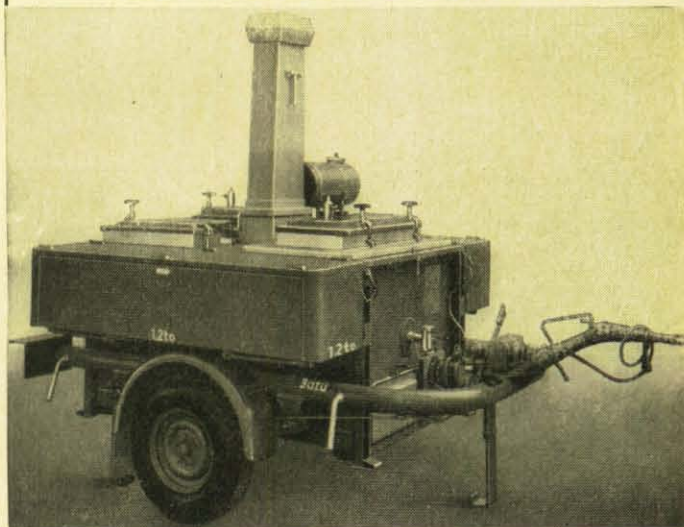
Die Strahlenschutz-medizinische Station des Städtischen Krankenhauses München-Schwabing, die bereits seit Anfang dieses

Jahres Strahlengeschädigte in einem Notfall hätte aufnehmen können, ist endgültig fertiggestellt und ihrem Bestimmungszweck im Rahmen der neu eingerichteten Isotopen-Abteilung des Krankenhauses übergeben worden. — Mit der Fertigstellung der im Bau befindlichen Strahlenschutz-medizinischen Station im Czerny-Krankenhaus Heidelberg, in dem Fälle ohne stärkere Kontamination notfalls schon jetzt aufgenommen werden können, wird für Anfang 1964 gerechnet.

Europäische Strahlenschutzgesellschaft

Am 21. Mai 1963 ist in Wien eine Europäische Strahlenschutzgesellschaft (ESG) gegründet worden. Die Initiative zu der Gründung ging von Praktikern des Strahlenschutzes aus. Die ESG hat es sich dementsprechend zum Hauptziel gesetzt, Persönlichkeiten in sich zu vereinigen, die in ihrer beruflichen Arbeit mit den technischen und praktischen Problemen des Strahlenschutzes befaßt sind. Die ESG wird Beziehungen zur amerikanischen Health Physics Society aufnehmen; sie will ihren Statuten entsprechend auch den Kontakt zu Gesellschaften und Gruppen suchen, die sich mit der biologischen und medizinischen Seite des Strahlenschutzes und mit dessen Grundlagen beschäftigen. Die Gesellschaft steht Einzelmitgliedern offen, sofern sie ein abgeschlossenes einschlägiges Studium an einer Hochschule nachweisen können, Kenntnisse auf dem Gesamtgebiet sowie Spezialkenntnisse in einer Fachrichtung des Strahlenschutzes besitzen und über eine mindestens zweijährige Berufserfahrung im Bereich des Strahlenschutzes verfügen. Die Gesellschaft legt besonders großen Wert auf lebendigen Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen Mitgliedern; die Bildung von regionalen Gruppen kann diesem Zweck förderlich sein. Die ESG hofft, dem Strahlenschutz als Wissenschaft und als Beruf sowie seiner technischen Weiterentwicklung zu dienen. Zum Präsidenten der Europäischen Strahlenschutzgesellschaft wurde Francis Duhamel (CEN, Saclay, Frankreich), zu Vizepräsidenten wurden Dr. P. Courvoisier (Würenlingen, Schweiz), Dr. A. Malvicini (Ispira, Italien) und Prof. Dr. J. Zakovsky (Wien) und zum Generalsekretär Dr. R. Maushart, Kernforschungszentrum Karlsruhe, gewählt.

Feldkochherd 57/4 auf Sonderanhänger



einsetzbar als Anhängerküche, stationäre Küche und auf LKW montiert, beheizbar mit flüssigen und festen Brennstoffen, ausgestattet mit zwei Kochkesseln, einem Bratentopf und einer Warmhalteröhre, für Zubereitung von ca. 250 Portionen, zwei Gerätekästen mit Wirtschaftsgerät, abgesetzt als Arbeitstische verwendbar.

PROGRESS-WERK OBERKIRCH AG
7601 Stadelhofen/Renchtal — Tel. Oberkirch 651-653





Die Schwestern des St.-Franziskus-Ordens, die als Lehrkräfte an der St.-Franziskus-Schule in Olpe tätig sind, ließen sich im selbstschutzmäßigen Verhalten unterrichten. Auch die Oberin und die Schwester Studiendirektorin nahmen an dieser Grundausbildung des BLSV mit starkem Interesse teil.



Oben: Im Auftrag des BLSV dreht die Ufa Düsseldorf einen Atomschutzfilm „Unsere Welt ist unser Schicksal“. Ein Teil der Aufnahmen entsteht in der Bundesschule in Waldbröl (unser Bild). Rechts: Selbstschutz-Führungskräfte lernen Kartenlesen. Unten: Die Ausstellung „Das sichere Haus“ wurde in Bonn gezeigt.



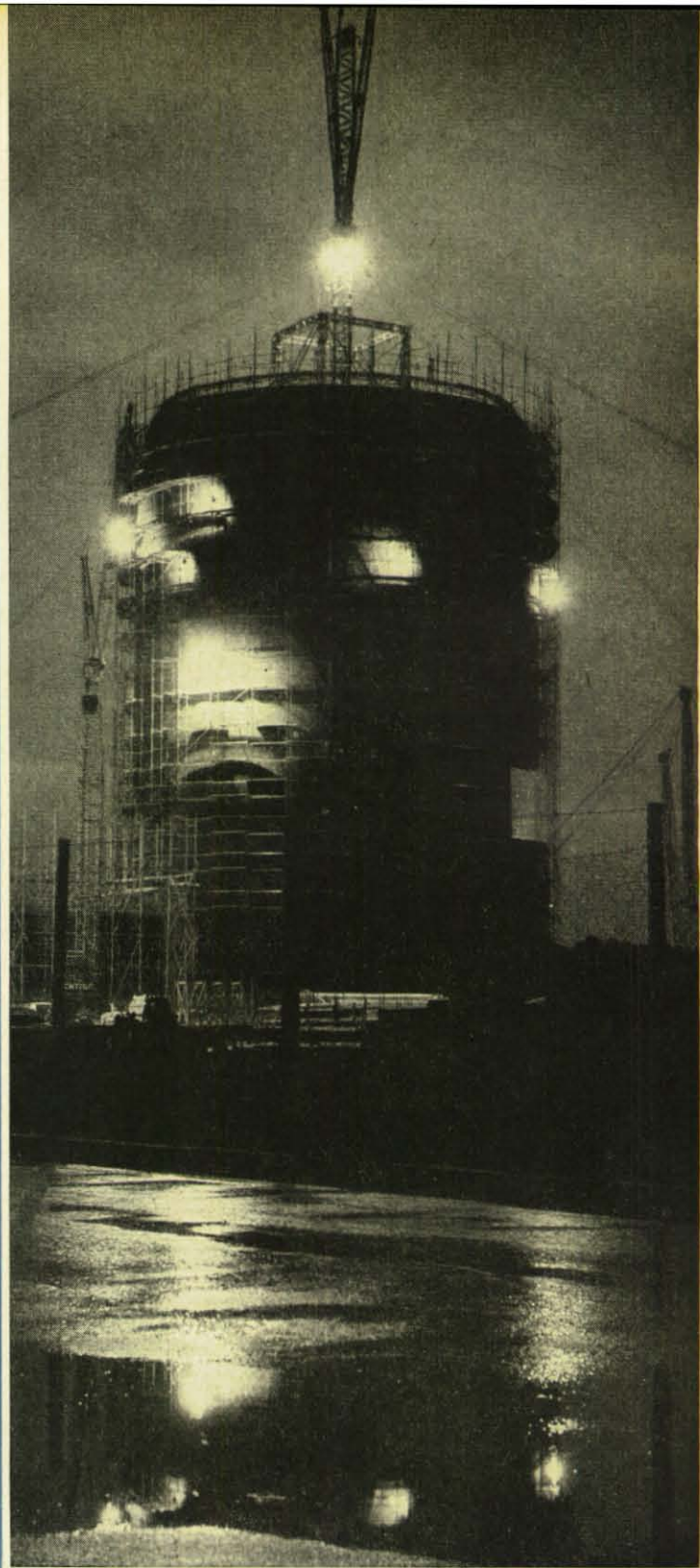


LA PROTECTION CIVILE
UNE NECESSITE
UN DEVOIR



Mademoiselle
Ada Mollenhauer
29, Rue de l'Hop.Milit.
L i l l e

Oben: Die französische Post stempelt zur Zeit mit einem Werbespruch, der – übersetzt – lautet: Der Zivilschutz, eine Notwendigkeit, eine Pflicht. Rechts: Das über 50 Meter hohe stählerne Umschließungsgehäuse für den größten deutschen Kernreaktor bei Gundremmingen an der Donau. Die Anlage wird vom Frühjahr 1966 an 250 000 Kilowatt Strom liefern. Unten: Montage der Kuppel.

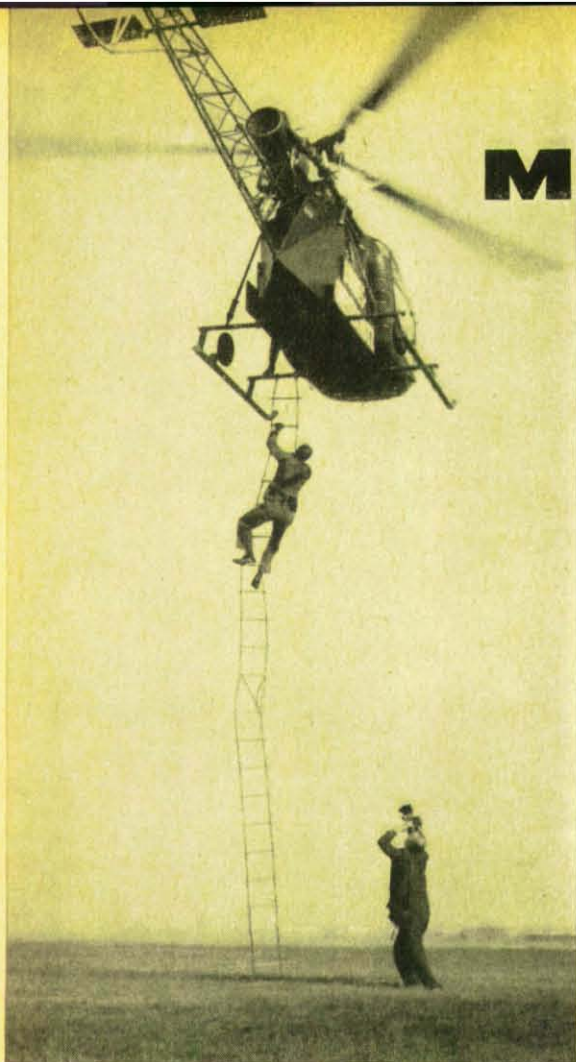


Unten: Die zivile Notstandsplanung umfaßt die staatliche Vorsorge auf allen Gebieten. Dazu gehört auch die Lagerung von Arzneimitteln, Verbandstoffen und ärztlichem Gerät. Unser Bild zeigt einen kleinen Teil des Lagers in Uetersen/Tornesch. Rechts: Ein Blick in den Ausstellungsraum der BLSV-Ortsstelle Freiburg.



Mit Strickleiter und

Hubschrauber als Samariter der Luft



Der Hubschrauber steht sozusagen auf der Stelle, um über die herabgelassene Strickleiter eine Person aufzunehmen. Diese Methode ermöglicht Menschenbergung aus unzugänglichen Stellen.

Schweres Verkehrsunglück auf der Bundesstraße 56, hart östlich von Hangelar. Straße nach beiden Richtungen völlig verstopft. Entsendung eines Unfallarztes geboten.“ So lautet die Übungs-Flugmeldung eines Flächenflugzeuges, das sich in den Dienst der Verkehrsüberwachung einer Flugrettungsstaffel gestellt hatte. Kurz darauf startet der nächsterreichbare Hubschrauber, der für diesen Tag mit Pilot und Arzt in Bereitschaft gehalten worden war, zur Unfallstelle, wo er in unmittelbarer Nähe landet und den Arzt zur Hilfeleistung absetzt.

Dieser Einsatz war nur ein Teil einer Übung und großangelegten Demonstration der Deutschen Gesellschaft für Hubschrauberverwendung und Luftrettungsdienst, an deren Spitze der ehemalige Präsident der früheren Bundesanstalt für zivilen Bevölkerungsschutz, Erich Hampe, steht.

Am Rande des Hangelarer Flugplatzes, der in der Nähe Bonns liegt, standen vor einem Hangar an die hundert Gäste; Ministerialbeamte, Uniformträger, Industrielle, Attachés, Vertreter verschiedener Organisationen und Journalisten. Sie alle folgten mit großem Interesse den Vorfürungen, die den Zweck hatten, für eine stärkere Verwendung von Hubschraubern zum Wohle der Allgemeinheit zu werben.

Lufttransport notwendig

Noch während der Arzt sich um den „Verletzten“ an der auf dem Flugplatz simulierten Unfallstelle bemüht, trifft eine neue Meldung bei der Verkehrsüberwachungsstelle ein: „Schwerer Verletzter nur noch im Lufttransport überführbar. Entsendung eines zum Verletztentransport geeigneten Hubschraubers dringend.“

Kurz darauf landet ein zweiter, diesmal etwas größerer Hubschrauber, der in seinem Inneren mit zwei Tragen ausgestattet ist, an der Unfallstelle. In Windeseile entsteigen der Maschine einige Träger mit einer Krankentrage, der Verletzte wird verladen, und schon hebt der Hubschrauber sich wieder sanft in die Lüfte.

Über den Lautsprecher eines Funkkommandowagens wird der Verlauf der Einsatzübung kommentiert. Noch einmal wird in gedrängter Form den Zuhörern der Sinn eines Hubschrauber-Rettungsdienstes klargemacht.

Bei vielen Unfällen auf unseren durch starken Verkehr überbelasteten Straßen, ganz besonders bei Personenschäden, ist eine schnelle Unfallmeldung an Polizei und Krankenwagen dringend vonnöten. Doch oft liegen die Unfallstellen weit entfernt von der nächsten Telefon- oder Sprechfunkstelle. Hier könnte die regelmäßige Überwachung der Verkehrswege durch Flugzeuge dazu verhelfen, in zahlreichen Fällen Unfälle rechtzeitig zu erkennen und über Funk an die nächste Polizeidienststelle zu melden.

Aus Veröffentlichungen in- und ausländischer Ärzteschriften ist zu entnehmen, daß immer noch ein hoher Prozentsatz Unfallverletzter an der Unfallstelle oder auf dem Wege ins Krankenhaus stirbt. Doch sind die Ursachen nicht immer die erlittenen Verletzungen, sondern Ersticken durch in die Atmungsorgane eingedrungenes Blut oder Erbrochenes. Aber auch innere Blutungen sind eine häufige Todesursache. Man rechnet damit, daß 14 bis 20% der Unfalltoten am Leben erhalten werden können, wenn es gelingen sollte, an jede Unfallstelle schnell einen mit entsprechender Ausrüstung versehenen Arzt zu entsenden.

Da man besonders tagsüber Unfallstellen, die oft durch lange

Seilwinde

von Helmut Freutel

Hubschrauberstaffel Hangelar noch das Aufnehmen und Absetzen von Lasten durch Hubschrauber, die Aufnahme einer Person mittels Strickleiter und die Personenbergung aus der Luft mit Hilfe einer Seilwinde. Bei dem „Seiltrick“ lag die Annahme zugrunde, daß ein Verletzter an unzugänglicher Stelle aufgenommen werden muß. Der Hubschrauber näherte sich diesem Ort und blieb über dem „Verletzten“ auf der Stelle stehen. Von einer am Hubschrauber montierten Seilwinde wurde das Drahtseil herabgelassen, der Verletzte zwängte sich mit seinem Oberkörper durch einen Autoreifen, der am unteren Seilende befestigt war, und auf sein Zeichen wurde die Seilwinde in Gang gesetzt, und der Mann schwebte nach oben, von wo sich ihm aus der Kanzel ein paar kräftige Hände entgegenstreckten, die ihn in die Maschine zogen.

Verkehrsüberwachung aus der Luft

Den Zuschauern wurde auch Gelegenheit gegeben, das Prinzip einer Verkehrsüberwachung zu sehen, wie sie bereits praktisch des öfteren durchgeführt wird. Ein über Funk geleiteter Hubschrauber mit einer Fernsehkamera an Bord flog zur nahen Bundesstraße 56, und der mitfliegende Kameramann richtete das Objektiv auf den unter ihm dahinbrausenden Verkehr. Drei Fernsehempfänger, in einer Flugzeughalle untergebracht, gaben die aufgenommenen Luftbilder wieder. Einwandfrei waren Häuser und Bäume, Straßen, Kreuzungen, Kraftfahrzeuge, Hecken und Zäune zu erkennen. Diese Bilder hätten an verkehrsreichen Tagen der Polizei Aufschluß über die Verkehrslage geben können und wären gegebenenfalls der Anlaß zu einer besseren Verkehrsregelung geworden.

Keine Geisterstimme

Jeder weiß, daß die unverkennbaren Motorengeräusche eines Hubschraubers nicht gerade leise sind. Um so erstaunlicher ist es, daß der 200-Watt-Lautsprecher, über den der Kopilot aus einer Höhe von 250 Metern die erstaunten Zuhörer ansprach, das Geräusch übertönte und daß darüber hinaus jedes

Autoschlangen gekennzeichnet sind, aus der Luft sehr gut sehen kann, könnte sich praktisch jeder Pilot an der Überwachung des Verkehrsnetzes beteiligen.

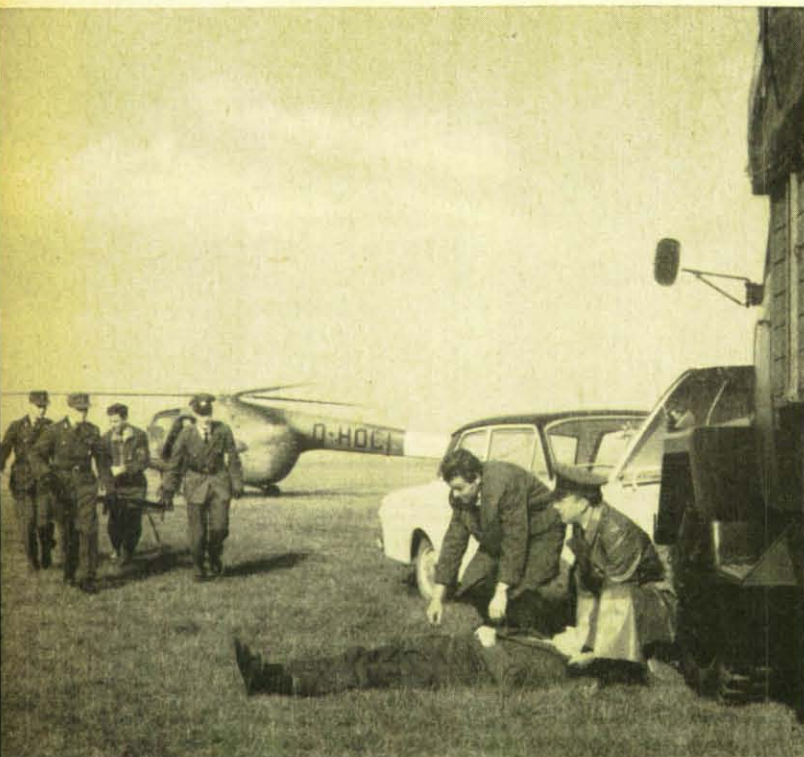
Als ein weiterer oftmals lebensentscheidender Faktor käme hinzu, daß die Art der erforderlichen Operationen über Funk vom Hubschrauber aus dem Krankenhaus gemeldet werden könnte, so daß dort schon die entsprechenden Vorbereitungen getroffen werden.

Das Leben hängt am stählernen Seil

Neben dieser interessanten Demonstration von Hubschraubern im Luftrettungsdienst zeigte die Bundesgrenzschutz-

Links: Von einer am Hubschrauber montierten Winde wurde das Seil herabgelassen. Nachdem sich der „Gehunfähige“ mit dem Oberkörper durch den Reifen, der an diesem Seil befestigt ist, gezwängt hat, schwebt er der rettenden Kanzel zu. Unten: Demonstration einer Luftrettung. Zwei Fahrzeuge sind zusammengestoßen. Der herbeigerufene Hubschrauber landet.





Kaum ist der Hubschrauber gelandet, da entsteigen ihm einige Träger mit einer Krankentrage. Schon jetzt ergehen über Funk Anweisungen an das Krankenhaus, das den Verletzten aufnehmen wird.

Wort klar und deutlich zu verstehen war. Zweck dieses Lautsprecherversuches war, zu zeigen, daß man bei Verkehrsstauungen, Massenveranstaltungen oder auch Rettungsaktionen gleich welcher Art aus dem langsam fliegenden Hubschrauber präzise Verhaltensanweisungen geben kann. Selbst Motorenlärm von Kraftfahrzeugen wurde von dem Lautsprecher, der wie eine Geisterstimme aus den Wolken klang, noch übertönt.

Bewährung in der Praxis

Vieles von dem, was hier als Übung gezeigt wurde, hat sich schon an den verschiedensten Orten zu den unterschiedlich-

Außer dem Begleitpersonal sind in diesem Hubschrauber noch zwei Verletzte auf Krankentragen unterzubringen. Wie das Bild zeigt, wird die ärztliche Betreuung auch während des Transportes zum Hubschrauber fortgesetzt.



Vor dem Abtransport mit dem Hubschrauber erhält der Unfallverletzte an Ort und Stelle dringend notwendige ärztliche Betreuung. Unser Bild zeigt die Übertragung von Blutplasma und Einsatz eines Beatmungsgerätes.

sten Anlässen in der Praxis bewährt. Große Erfahrungen wurden während der Flutkatastrophe in Norddeutschland im Februar 1962 gesammelt. Besonders oft wurde von den Piloten das Aufnehmen von Menschen im Schwebeflug verlangt. Viele vom Wasser Eingeschlossene saßen damals auf den Dächern ihrer Häuser, zwischen Schornsteinen und Fernsehantennen oder warteten in den oberen Stockwerken auf Rettung. Nun, das Hochklettern an heruntergelassenen Strickleitern ist gewiß nicht jedermanns Sache. Da nur wenige der eingesetzten Maschinen mit Seilwinden ausgerüstet waren, mußten die Piloten immer und immer wieder das Kunststück des Präzisionsfluges vollbringen, das bei dem Sturm und der zwischen den Hausdächern verwirbelnden Luft von den Besatzungen das Äußerste verlangte. Damals wurden auch gute Erfahrungen mit den an Seile gebundenen Autoreifen gemacht, weil sich selbst gebrechliche Personen dieser Rettungsmethode anvertrauten.

Dort, wo noch keine in Hubschrauber eingebauten Lautsprecher vorhanden waren, behalf man sich mit Megaphonen.

Auch bei vielen anderen Notfällen haben Hubschrauber Menschen, die in Not und Gefahr waren, Rettung gebracht. So haben sie sich ganz ausgezeichnet zur Hilfeleistung im Gebirge bewährt, z. B. beim Aufsuchen von Verunglückten und von in Bergnot geratenen Alpinisten, beim Anflug von Lebensmitteln oder Medikamenten in durch Schnee abgeschnittene Dörfer oder bei der Suche nach vermißten Flugzeugen.

Am Meer und auf Seen haben Hubschrauber wiederholt Schiffsbesatzungen und Passagieren gestrandeter Schiffe oder Schwimmern in Ertrinkungsgefahr geholfen. Noch im letzten Winter wurden die Ostfriesischen Inseln lange Zeit aus der Luft versorgt.

Das Ausland gibt ein Beispiel

Im Ausland, besonders in den USA und in Kanada, werden Hubschrauber zur Überwachung von Wäldern während der heißen und trockenen Jahreszeit herangezogen.

Als „Samariter der Luft“ haben sich schon seit Jahren in Österreich und in der Schweiz die Piloten der Hubschrauber-Rettungsdienste bewährt. Die Suche nach Vermissten, die Rettung von Menschen aus Bergnot, der Transport von Schwerkranken von abgelegenen Hütten zum Krankenhaus, alles das gehört schon fast zu ihrer Routinetätigkeit. Nicht immer sind es Menschen, denen ihre Hilfe gilt. Oft haben sie schon zentnerweise Heu und Kraftfutter für Rotwild abgeworfen, das, vom Schnee eingeschlossen, ohne diesen Sondereinsatz zum Verenden verurteilt gewesen wäre.

Zur Erfüllung aller ihrer Aufgaben unterhalten diese Rettungsflugwachen reichhaltige Lager an Rettungsmaterial, welches nach menschlichem Ermessen für alle vorkommenden Fälle genügen sollte.

Auch für die Zivilverteidigung

Es ist in dieser Zeitschrift schon mehrfach darauf hingewiesen worden, daß sich Hubschrauber ganz besonders gut für den Einsatz innerhalb eines wohlorganisierten Zivilschutzes eignen. Es gibt kaum einen Fachdienst im Luftschutzhilfsdienst, der auf Hubschrauber verzichten könnte. Ob als Führungs- und Nachrichtenmittel, ob zur Erkundung von Waf-

fenwirkungen aus der Luft, ob als fliegender Sanitätsdienst oder zum Einsatz im Bergungs- und Räumungswesen, im Versorgungsdienst und bei der Entgiftung, es gäbe ungezählte Möglichkeiten für den Gebrauch dieser vielseitig verwendbaren „fliegenden Untersätze“.

Nun auch in der Bundesrepublik

Ministerialdirektor H. A. Thomsen, der Leiter der Abteilung Ziviler Bevölkerungsschutz im Bundesministerium des Innern, hält den Einsatz von Hubschraubern innerhalb der Zivilverteidigung für unerlässlich. Insbesondere als Mittel der Aufklärung für die nach Katastrophen oder Luftangriffen sofort erforderlich werdende Feststellung des Schadensumfanges seien sie unentbehrlich. Darüber hinaus eigneten sie sich als ein ausgezeichnetes Instrument zur Führung der Einsatzkräfte.

Wie Ministerialdirektor Thomsen bekanntgab, soll nun auch im Zivilschutz der Bundesrepublik mit Hubschraubern ein Anfang gemacht werden. Aufgrund einer Chefbesprechung mit dem Bundesministerium der Finanzen wurden für das Jahr 1964 im Haushaltplan die Mittel zum Kauf von sechs Hubschraubern vorgesehen.

Sie sind gedacht für den Einsatz innerhalb des neuen Zivilschutzkorps. In einem ernstfallmäßigen Einsatz kämen die Ergebnisse der Aufklärung selbstverständlich allen beteiligten Kräften der Zivilverteidigung zugute.

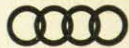


wo keine Straßen sind...

Der MUNGA ist ein vielseitiges Transportfahrzeug für Mannschaften, Gerät, behelfsmäßige Krankenbeförderung oder – wie im Bild – für ein Feuerlöschgerät. Und er kommt überall hin. Allradantrieb und zusätzliche Geländeuntersetzung bringen die ganze Kraft des robusten 44-PS-Motors auch im unwegsamsten Gelände voll zur Entfaltung. Der MUNGA kennt kaum Hindernisse. Das ist wichtig für den zivilen Bevölkerungsschutz.

MUNGA 8 achtsitzig, Pritsche mit großer Lade-
fläche. Im Bild mit Feuerlöschaufbau.
MUNGA 4 viersitzig, für Personenbeförderung
(Zeichnung)



AUTO UNION  DKW
8070 Ingolstadt/Donau

Brandschutz im Warenhaus

von Heinz Görtz

Die Schaufensteranlage eines Warenhauses wird umgebaut. Auf einem Gerüst steht ein Arbeiter und schweißt. Glühende Eisenteilchen und Funken fallen herab. Eine Zeitlang geht es gut. Dann entzünden sich plötzlich auf dem Boden liegende Schaufensterrollos. In Sekundenschnelle schlagen hohe Flammen empor. Aufgeregt sucht einer nach dem Feuerlöscher; doch der ist wegen der Umbauarbeiten nicht an seiner Stelle. Ein Angestellter des Kaufhauses alarmiert durch Knopfdruck auf den Feuermelder die Feuerwehr. Dann informiert er die Fernsprechzentrale. In der Zwischenzeit hat einer der Arbeiter mit Hilfe eines Mannes, der zufällig ganz in der Nähe seinen Wagen wusch, das Feuer gelöscht. Als andere Angestellte mit Feuerlöschern ankommen und als kurz danach auch die Feuerwehr mit mehreren Löschzügen eintrifft, liegt nur noch ein wenig kalter Rauch in der Luft.

Dieser oben geschilderte Vorfall ist nicht einzig dastehend. Auch geht es nicht in jedem Fall so gut aus. Wer erinnert sich nicht der vielen Zeitungsmeldungen der letzten Jahre über Warenhausbrände in aller Welt? Wer denkt nicht dabei an das Feuer in einem Nürnberger Lagerhaus, bei dem es 22 Tote und viele Schwerverletzte gab?

Solchen Bränden vorzubeugen, die oft durch Fahrlässigkeit entstehen, und ihre sofortige Bekämpfung ist die Hauptaufgabe der für alle innerbetrieblichen Brandschutzmaßnahmen Verantwortlichen. Zahlreiche Großbrände der letzten Jahre lassen keinen Zweifel darüber, daß Feuerwehren mit modernsten Mitteln ausgestattet werden müssen, daß auch die ständige Einsatzbereitschaft von Werksfeuerwehren oberstes Gebot sein muß.

Aber noch etwas hat sich immer wieder gezeigt: Gerade dort, wo große Mengen brennbaren Materials vorhanden sind, ge-

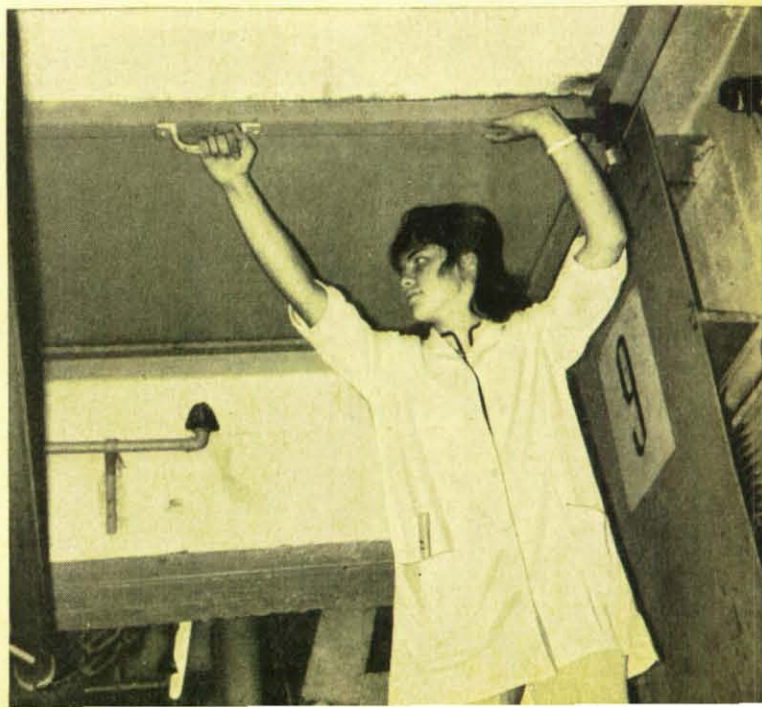
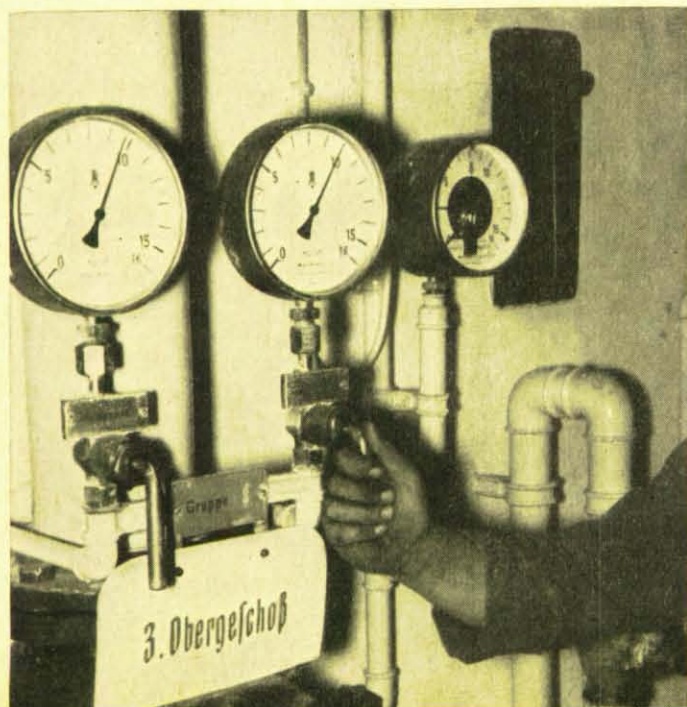
rade dort, wo Menschenleben durch plötzlich auftretende Brände gefährdet werden können, ist die sofort einsetzende Selbsthilfe im Brandschutz von unschätzbarem Wert. Fast immer liegt zwischen dem Ausbruch eines Brandes und dem Beginn seiner Bekämpfung durch die Feuerwehr die kritische Zeit, die für die Brandentwicklung entscheidend ist. Daraus folgert, daß in allen Betrieben die Brandbekämpfung schon vor dem Eintreffen der Feuerwehr mit allen der Selbsthilfe zur Verfügung stehenden Mitteln einzusetzen hat. Wie aber sehen diese Mittel aus, und was wird heute in den großen Warenhäusern zum Schutz von Kundschaft und Personal getan? Um Näheres zu erfahren, sprach der Verfasser mit dem Betriebsschutzleiter eines Warenhauses in einer großen Stadt in Rheinland-Pfalz. Bereitwillig gab er Auskunft und zeigte, wie es hinter den Kulissen eines großen Warenhauses aussieht.

Sprinkleranlagen arbeiten automatisch

In modernen Verkaufshäusern wird ein Brand, sofern er unbeobachtet ein größeres Ausmaß angenommen hat, bei einer bestimmten Temperatur durch eine selbständig einsetzende Sprinkleranlage bekämpft und gleichzeitig automatisch an die Feuerwehr gemeldet. Ein über Rohrleitungen bis in den letzten Winkel des Hauses verzweigtes Netz verhindert auch im entferntesten Lager oder Kellerraum ein Ausbreiten des Feuers. In der Sprinklerzentrale ist nach Einsetzen eines Sprinklers festzustellen, in welchem Bereich des Hauses der Brandherd liegt.

Der Feueralarmgong setzt gleichzeitig Geschäftsleitung, Hausverwaltung und Hausfeuerwehr in Kenntnis.

Links unten: 30 000 Liter Löschwasser werden in der Sprinklerzentrale unter Druck gehalten. Rechts: Schaufenstereinstiege können durch eiserne Schieber brandsicher verschlossen werden.



Hier gelten besondere Regeln • Die Sorgen eines Betriebsselfschutzleiters

Dies alles kann geschehen, ohne daß die Kundschaft in den Verkaufsräumen vom Brandvorgang etwas bemerkt und möglicherweise in Panikstimmung versetzt wird. Kassenaufsichten und Verkaufspersonal treffen unauffällig alle Vorbereitungen für Maßnahmen, die erst bei Auslösung des „Hauptalarms“ durchzuführen sind. Dieser wird mit einer festgelegten Durchsage über Lautsprecher im ganzen Haus ausgelöst. Hauptalarm bedeutet die sofortige geordnete Räumung des Hauses von Kundschaft und Personal. Nur die Hausfeuerwehr bleibt zurück.

Die Hauptschwierigkeit, so sagte der Betriebsselfschutzleiter, bestünde darin, das gesamte Personal des Hauses trotz des häufigen Personalwechsels ständig über die Verhaltensvorschriften zu unterrichten und im Gebrauch der Handfeuerlöscher zu unterweisen.

Die Verwaltungsvorschriften legen genau fest, was jeder Mitarbeiter des Hauses im Brandfalle zu tun hat bei der Feststellung eines Brandes, wenn der Feueralarmgong ertönt und wenn der Hauptalarm durch Lautsprecherdurchsage bekanntgegeben wird.

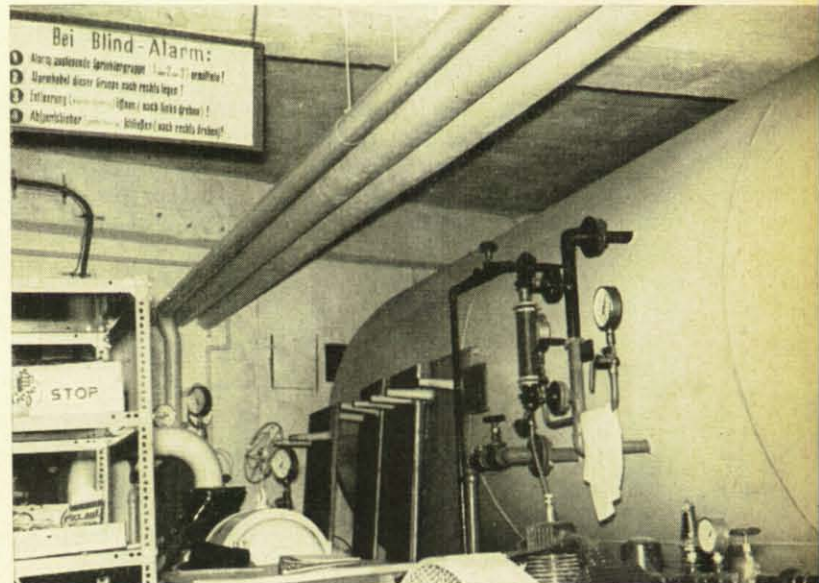
Ruhe bewahren

Während man in fast allen anderen Betrieben, Fabriken oder Bürohäusern bei Entstehung eines Brandes laut und vernehmlich die anderen Menschen durch den Ruf „Feuer“ auf die Gefahr aufmerksam macht, gilt in einem Warenhaus als oberstes Gebot: „Ruhe bewahren“ und auf keinen Fall zu rufen „Es brennt“ oder „Feuer“! Bei den in Warenhäusern oft vorhandenen Menschenansammlungen würde dies wahr-

Links: Auch bei Schleifarbeiten muß ein Handfeuerlöscher neben der Arbeitsstätte stehen. Rechts: Katastrophenhebel an einer feuersicheren Tür öffnet auch bei abgeschlossener Tür den Fluchtweg bei Gefahr.

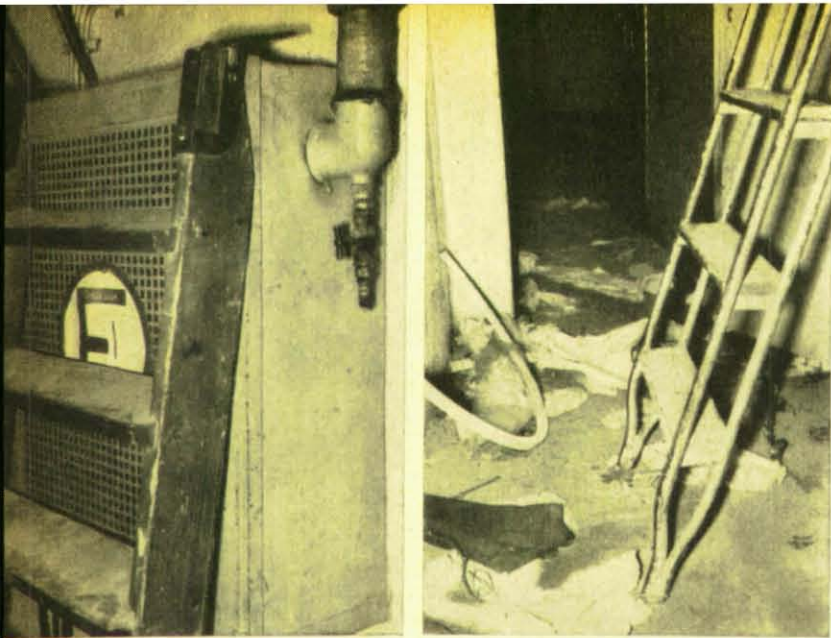


Nächtliche Aufnahme eines Brandes in einem großen Warenhaus. Das ganze Gebäude steht in Flammen. Hier können nur die Nachbargebäude gegen ein Übergreifen geschützt werden.



Oben: Blick in die Zentrale einer Sprinkleranlage. Bei Alarm ist eine Menge Handgriffe auszuführen. Eine große Tafel führt die Reihenfolge dieser Maßnahmen genau auf. Unten: Sprinkler schalten sich selbsttätig ein, wenn die Temperatur in einem Raume aus irgendeinem Grunde auf 62° C gestiegen ist.





Der für den Brandschutz in einem Warenhaus verantwortliche Mann wird auf seinem Kontrollgang immer wieder auf solche „Sünden“ der Mitarbeiter stoßen. Eine Leiter wird einfach vor den Handfeuerlöscher gestellt oder – wie rechts – Abfälle in einen engen Gang „abgelegt“; sie sind „ideale Feuerbrücken“.

scheinlich zu unbeschreiblicher Panik führen, durch deren Folgen mehr Personen zu Schaden kämen als durch den Brand.

In jedem Warenhaus sind Mitarbeiter als Ordner eingeteilt, die sofort bei Hauptalarm die Ein- und Ausgänge besetzen. Sie haben ferner darauf zu achten, daß Feuerabschnittstüren zugemacht, aber nicht abgeschlossen werden. Natürlich muß das Personal auch wissen, was mit dem Geld in den Kassen zu geschehen hat, über welche Nottreppen und Notausgänge die Kundschaft zu führen ist, und daß es selbstverständlich strengstens verboten ist, aus Neugierde das Telefon zu benutzen

oder Mitteilungen durchzugeben, die für die Brandbekämpfung nicht wichtig sind.

Die Unterrichtung des Personals über die Verhaltensvorschriften und über die richtige Bedienung der Feuerlöscher obliegt dem Betriebsselbstschutzleiter. Er hat außerdem die Aufgabe, im ganzen Haus Gefahrenquellen, die zu Brandausbrüchen führen können, zu beseitigen. Er hat ebenso für die Freihaltung der Fluchtwege zu sorgen, insbesondere „hinter den Kulissen“, d. h. in Kellern, Dekorationsräumen, Gängen und Treppenhäusern.

Der Betriebsselbstschutzleiter hat auch dafür Sorge zu tragen, daß verteilt über das ganze Gebäude Löschgeräte bereitgestellt sind. Diese sind nicht nur von Zeit zu Zeit auf Vollständigkeit zu prüfen, sondern auch zweimal jährlich auf ihre Betriebssicherheit.

Gegen die Gleichgültigkeit

Der Betriebsselbstschutzleiter, der übrigens auch sehr streng auf das Einhalten des polizeilichen Rauchverbotes zu achten hat, betont: „Wir haben in unserem Haus ein Höchstmaß an Sicherheitsvorkehrungen gegen Brandausbruch getroffen. Wir versuchen auch mit allen Mitteln, die Gleichgültigkeit und Leichtfertigkeit einzelner Mitarbeiter und Kunden zu überwinden, doch ist gerade dieses manchmal nicht leicht. Man kann nicht überall gleichzeitig sein. Darum bin ich auf die Mitarbeit verantwortungsbewußter Kollegen angewiesen. Dies gilt ganz besonders in Fällen, wo wegen Renovierungen oder Umbauarbeiten betriebsfremdes Personal im Hause ist, wodurch nicht nur der normale Arbeitsablauf gestört wird, sondern auch alle Kontrollen und Überprüfungen erschwert werden.“

Auf meine Frage, ob er sich schon einmal Gedanken gemacht habe, was im Falle von Luftalarm zu tun sei, sagte er mir, daß bisher noch keine besonderen Maßnahmen getroffen worden seien. Er selbst habe jedoch schon freiwillig an einem vom Bundesluftschutzverband durchgeführten Lehrgang für Betriebsselbstschutzleiter teilgenommen. Ohne Gesetze schies es auch hier anscheinend nicht zu klappen, meinte er. Bis dahin hieß es, die Augen und Ohren offenzuhalten und alle vorhandenen Möglichkeiten auszuschöpfen.

Schutz der Kulturgüter bei bewaffneten Konflikten

Beitritt der Schweiz zum Haager Abkommen • Eine Landeskarte der Kulturgüter

Am 15. Mai 1962 ist die Schweiz dem Haager Abkommen vom 14. Mai 1954 über den Schutz der Kulturgüter beigetreten. Es handelt sich dabei um ein Abkommen über den Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten. Die Ausführungsbestimmungen dieses Abkommens und das zugehörige Haager Protokoll sind damit für die Schweiz am 15. August 1962 in Kraft getreten.

Dieser neueste Zweig des Völkerrechts im Kriege bezweckt die Sicherung und Respektierung der beweglichen und unbeweglichen Kulturgüter im Falle von bewaffneten Konflikten. Der Kulturgüterschild, ein international anerkanntes Schutzzeichen wie das Rote Kreuz, dient zur Kennzeichnung von Kulturdenkmälern, von Bergungs- und Schutzorten für Kulturgüter, von Transporten mit kulturellen Gütern und von Personen des Kulturgüterschutzes, die völkerrechtlich geschützt sind. Mit dem Beitritt zum Haager Abkommen hat die Schweiz wie alle Vertragsparteien die Verpflichtung übernommen, zur Sicherung des kulturellen Erbes gegen die voraussehbaren Folgen von kriegerischen Ereignissen geeignete Maßnahmen zu treffen und die Kulturgüter gemäß den Gesetzen und Gebräuchen des Kriegsrechtes zu respektieren.

Das Eidgenössische Departement des Innern, dem der Dienst für Kulturgüterschutz untersteht, hat den Wortlaut des Haager Vertragswerkes, eingeleitet durch ein Vorwort von Bundesrat H. P. Tschudi, als getrennte Ausgabe in den drei Amtssprachen veröffentlicht. Bundesrat Tschudi würdigt den tieferen Sinn des Abkommens und unterstreicht, daß die Schweiz neben einer großen Anzahl von Denkmälern und Kunstschätzen von örtlicher, regionaler und gesamtschweizerischer Bedeutung auch Kulturgüter von internationalem Range birgt und nicht abseits stehen darf.

Im Sinne des Abkommens hat die Eidgenössische Landestopographie in Zusammenarbeit mit dem Dienst für Kulturgüterschutz des Eidgenössischen Departements des Innern eine Karte für Kulturgüter im Maßstab 1:300 000 herausgegeben. Diese Karte enthält die wichtigsten Denkmäler der Kunst und der Geschichte auf dem Boden der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein. Auf der Rückseite der Karte sind übersichtlich in 64 Feldern Stadtgebiete und Landesteile in Maßstäben 1:5000 bis 1:50 000 wiedergegeben. Die Signaturen und Abkürzungen sind in allen vier Landessprachen (unter Berücksichtigung der drei Sprachgruppen des Rätomanischen) erklärt. Die Erstellung der Karte, die einen ausgezeichneten Überblick der Kulturgüter der Eidgenossenschaft gibt und dabei manch bisher wenig bekanntes Kleinod aufführt, ist ein höchst verdienstvolles Unternehmen. Die Karte hilft mit, die Bedeutung des kulturellen Erbes besser erkennen und schätzen zu lernen und zu erfassen, daß die Kulturgüter besondere Aufmerksamkeit und vermehrten Schutz verdienen. Die Karte wurde für Stellen geschaffen, die sich aus amtlichen, beruflichen oder militärischen Gründen mit dem Kulturgüterschutz zu befassen haben. Sie wird aber auch den Kunst- und Geschichtsfreunden gute Dienste leisten. Die Karte der Kulturgüter kann in allen Verkaufsstellen der eidgenössischen Kartenwerke bezogen werden.

H. Alboth

Neue Bücher

„Im Geiste von Solferino“

Eine Darstellung der Genfer Rotkreuz-Abkommen gibt eine Fibel, die der DRK-Landesverband Westfalen-Lippe e. V., Münster/Westf., herausgibt. Der Pädagogische Arbeitskreis des dortigen Jugendrotkreuzes hat den Versuch unternommen, Sinn, Aufgaben und Bedeutung der internationalen Rotkreuz-Gesellschaften durch kurze Texte und ganz einfache, sich nur auf das Wesentliche beschränkende Bilder besonders der Jugend zu zeigen. Die Aufgabe lautete also, aus der staatsrechtlich festgelegten Form die wichtigsten Punkte auszuwählen und diese skizzenhaft darzustellen.

Das I. Genfer Rotkreuz-Abkommen trug den Titel „Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der bewaffneten Kräfte im Felde“, die bescheidene Forderung Henry Dunants. Zusammen mit dem II. Abkommen „zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der bewaffneten Kräfte zur See“ bestand das Rote Kreuz seine Bewährungsprobe im ersten Weltkrieg. Mit dem später abgeschlossenen III. Abkommen „über die Behandlung der Kriegsgefangenen“ war die ursprüngliche Absicht bereits folgerichtig überschritten. Die Technisierung des Krieges wurde in seiner vollen Auswirkung für die Zivilbevölkerung aber bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges nicht erkannt, so daß entsprechende Bestimmungen nicht klar genug formuliert und von allen Staaten anerkannt waren. Die Bilanz war 1945 erschütternd; ging doch hervor, daß die Verluste bei den bewaffneten Kräften und bei den Zivilpersonen sich schon die Waage hielten. Der Korea-Krieg, der ebenso viele Opfer forderte wie der erste Weltkrieg, verschob das Ergebnis noch weiter zum Nachteil der Zivilbevölkerung (80%). Das IV. Rotkreuz-Abkommen lautet darum: „Abkommen über den Schutz der Zivilpersonen in Kriegszeiten.“

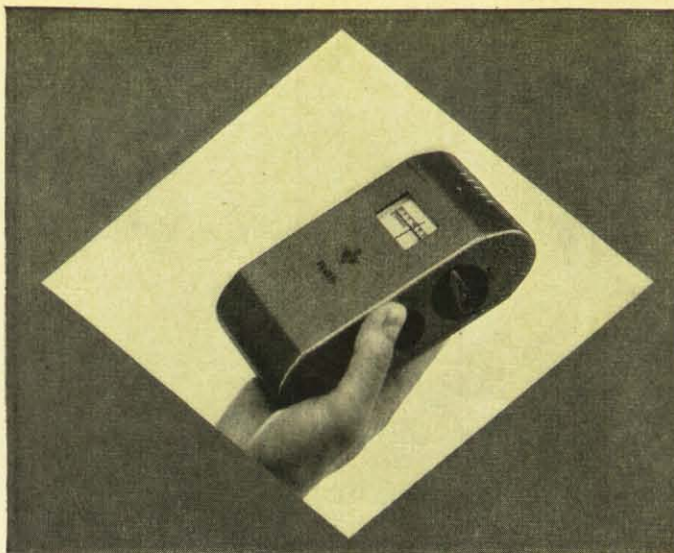
Die ständige Ausweitung des „Geistes von Solferino“ zeigt sich deutlich in der genannten Fibel. Die Aufgaben aus den beiden ersten Abkommen sind so selbstverständlich geworden, daß sie gerade noch angedeutet werden; die beiden jüngsten Abkommen dagegen sind noch Forderungen. Jeder, der — aktiv oder passiv — während und nach dem zweiten Weltkrieg Besatzungsmacht und Gefangenschaft erlebt hat, wird auf jeder entsprechenden Seite der Fibel von eigenen schlechten Erfahrungen berichten können; er wird darum diese beiden Abkommen begrüßen und ihnen weltweite Geltung wünschen. Wer sich aber zu den Rotkreuz-Abkommen bekennt, wird sich fragen, in welchem Umfang durch Verpflichtungen ein Schutz der Zivilbevölkerung, der Kultur- und Kunstgüter in einem Krieg der Interkontinentalraketen überhaupt noch möglich ist. Doch dies ist eine politische Entscheidung, und der Fragesteller muß gestehen, daß es nur eine Antwort geben kann: der „Geist von Solferino“ muß sittliche Richtschnur aller Menschen werden.

Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Ritter von Lex, gab der Fibel ein Geleitwort, in dem er den Verfassern für die verständliche Form der wohlgelungenen Darstellung dankt und der Fibel eine weite Verbreitung unter der Schuljugend wünscht. — Wir möchten die Verbreitung nicht nur auf diesen Kreis beschränkt sehen.

Taschenkalender für die Feuerwehren, 1964.

248 Seiten, Taschenformat, dauerhafter Plastikeinband, DM 2,20. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1, Postfach 747.

Wie in jedem Jahr wird auch diesmal wieder das Taschenbuch in jeder Weise den Anforderungen gerecht. Es enthält neben dem Vormerkkalender praktische Tabellen für den Dienst der Feuerwehren, Mitglieder- und Anwesenheitslisten, ausführliche Anschriften aller Dienststellen des Bundes und der Länder, technische Tabellen und Normen. Der Kalender enthält auch wieder eine Anzahl interessanter Beiträge aus dem Gebiet des Feuerlöschwesens; z. B. ein Kapitel über die Anwendung des Sprühstrahls, Stichpunkte über die Löschwasserförderung über lange Wegstrecken, Artikel über Hydrantenverzeichnisse und Hydrantenpläne, Rettungseinsatz und Brandbekämpfung bei Flugunfällen u. v. a. m. Der Kalender erscheint in den Landesausgaben: Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Bremen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein und Hamburg.



Radiameter FH 40 T



Taschendosimeter FH 39

Für den individuellen Strahlenschutz

Radiameter FH 40 T: Batteriebetriebener Dosisleistungsmesser mit zahlreichem Zubehör. Meßbereiche: 0 bis 0,5 mr/h 0 bis 25 mr/h 0 bis 1 r/h 0 bis 50 r/h und weitere Meßbereiche für Beta-Nachweis.

Kleinradiameter FH 40 K: Zur Messung von Gammastrahlung und zum Nachweis von Betastrahlung. Meßumfang vom normalen Null-effekt bis 50 mr/h.

Taschendosimeter FH 39: Zur Kontrolle der Strahlendosis durch Röntgen- oder Gammastrahlung. Offenes Dosimeter in Füllhalterform, jederzeit ablesbar.

Weiterhin liefern wir: Labormonitor FH 55, Meßplätze mit vollautomatisch arbeitendem Zubehör für Meßaufgaben mit radioaktiven Isotopen, Strahlungsüberwachungsanlagen, Strahlungsmeßwagen usw. Bitte fordern Sie ausführliche Informationen an.

Frieseke & Hoepfner GmbH Erlangen-Bruck



Kochen - einmal anders

Frauen
sammeln Erfahrungen mit
Behelfskochstellen



Wir Teilnehmerinnen eines Frauensachbearbeiterinnen-Lehrgangs der Bundesschule in Waldbröl freuten uns schon im Voraus, als wir auf dem Programm lasen: „Übungen im Freien: Kochen von Notstandsvorräten auf Behelfskochstellen.“ In mehreren Vorträgen der Frauenreferentin waren wir schon auf das Problem hingelenkt worden: „Wie bereiten wir, wenn Strom und Gas ausgefallen sind, eine warme Mahlzeit?“

Wer kann denn heute noch primitiv kochen? Die meisten jungen Frauen besitzen eine modern eingerichtete Küche mit einem Elektro- oder Gasherd, der einwandfrei funktioniert. Selbst das Campingleben bietet jeglichen Komfort, wozu das Kochen mit Propangas, notfalls mit Spiritus, gehört. Die Industrie wetteifert in ihren Bemühungen, es den Campingfreunden so bequem wie möglich zu machen. Nur die Älteren unter uns, die noch mit einer Jugendgruppe zu Fuß die Heimat durchwandert haben, wissen, wie in einem Erdloch oder mit einem anderen Behelf ein Feuer entfacht werden kann. Sie haben sich damals mit dem „Primitiven“ gerne zufriedengegeben.

Gutes Wetter begünstigte am zweiten Tage des Lehrgangs unser Vorhaben. Wir waren alle in guter Stimmung, als wir unsere Arbeitskleidung empfangen und zum Übungsgelände hinauszogen. Den Teilnehmerinnen, in drei Gruppen eingeteilt, blieb es dort überlassen, wie sie aus den mitgebrachten Lebensmitteln ein Essen herrichteten. Das machte besonderen

Spaß, denn einige von uns hatten sich schon am Abend vorher überlegt, was sie am zweckmäßigsten kochen könnten. Gleich einem Bienenvolk schwärmte wir zunächst aus, um erst einmal alles Notwendige für eine Feuerstelle zusammenzutragen. Einige Teilnehmerinnen konnten sich nicht vorstellen, wie sie aus dem Nichts heraus eine Feuerstelle herrichten sollten, andere waren um so findiger. Es lohnt sich darum, über den Ablauf etwas ausführlicher zu berichten.

Herangeschleppte Steine wurden parallel zueinander aufgesetzt. Mit Papier und Holz versuchten wir dann, dazwischen das Feuer zu entfachen. Das war gar nicht so einfach. Beißen der Qualm stieg uns in die Augen, und als das Papier verbrannt war, blieb das Holz angekohlt zurück. Ein nochmaliger Versuch mißlang wieder. Neidisch schauten wir zur anderen Gruppe hinüber, wo das Feuer bereits lustig prasselte. Wir aber hatten das Holz zu dicht gestapelt und somit dem Feuer die Luftzufuhr genommen. Wichtig ist nämlich, daß das Holz lose aufgelegt wird, damit genügend Luft zwischen den einzelnen Scheiten hindurch an die Flamme kommt. Ferner muß die Feuerstelle so hergerichtet werden, daß sie vor zu scharfem Wind geschützt ist. Das auflackernde Flämmchen kann durch zusätzliches Blasen geschürt werden.

Als Brennmaterial können wir alles das nehmen, was uns geeignet erscheint. Sehr gut eignen sich trockene Zweige, Tannenzapfen und trockenes Gras. Laub qualmt sehr stark und erstickt auch das Feuer. Will man ein gutes Kochfeuer haben,

Offensichtlich ist das Experiment wohlgeraten, denn den Frauen schmeckt es ausgezeichnet, was unter so ungewöhnlichen Umständen entstanden ist. Rechts außen: ein einfaches Mittel, um verunreinigtes Wasser zu klären. In der am Boden durchlöchernten Dose befindet sich ein Filter aus Kieselsteinen und Sand.





„Man nehme, so man hat...“ Diesmal wurde das Kochbuch wörtlich genommen: Der Herd besteht aus Steinen, das Heizmaterial ist Stroh und Holz, so wie man es in der nächsten Umgebung fand. Ein wenig ungewohnt zwar, doch nach kurzer Zeit sprudelte das Wasser im Topf.

nimmt man dickere Holzscheite, da diese eine bessere Heizkraft haben und über einen längeren Zeitraum gleichmäßig Hitze abgeben.

Belehrt durch die andere Gruppe, hatten wir bei dem dritten Versuch Erfolg. Wir freuten uns wie die Kinder, als nun auch unser Feuer hellauf brannte. Großes Gelächter gab es, als die dritte Gruppe mit einem Strohhalm erschien, den sie auf einem nahe gelegenen Bauernhof geschenkt bekommen hatte. Da nun das Feuer brannte, konnte das Kochen beginnen. Wasser hatten wir aus dem Vorratsbehälter des im Gelände liegenden Schutzraumes entnommen. Aber was machen wir, wenn wir keinen Wasservorrat haben? Wir können uns dann mit Regenwasser, Wasser aus Flüssen, Teichen und Bächen helfen. Der Fachlehrer der Bundesschule erklärte uns, wie auf einfache Weise verschmutztes Wasser zu reinigen ist. Wir nehmen einen Marmeladeneimer oder eine größere Konservendose, durchlöchern den Boden, bedecken ihn mit einem Tuch oder mit Papiertaschentüchern, legen hierauf eine dünne Schicht Kieselsteine und füllen den Behälter zu zwei Dritteln mit grobem Sand auf. Dann muß man das verschmutzte Wasser langsam an den Seitenrändern (nicht in der Mitte) durch den Sand durchsickern lassen. Wir waren erstaunt, zu sehen, wie dieser primitive Filter das Wasser gereinigt hatte. Sollte das Wasser noch immer verschmutzt sein, können wir den ganzen Vorgang wiederholen.

Inzwischen waren auf einer Feuerstelle 30 Liter Wasser —

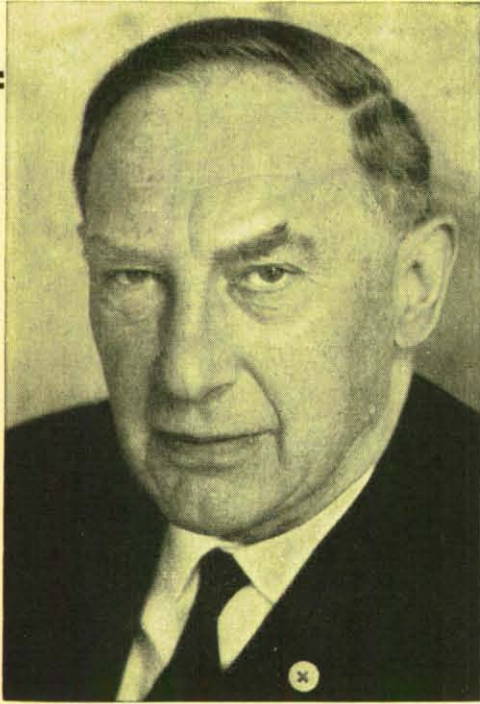
verteilt auf drei Marmeladeneimer — innerhalb von 25 Minuten zum Kochen gebracht worden. Es hätte keine von uns gedacht, daß es so schnell gehen würde. Kaffee und Tee wurden nun als erste Erfrischung herangereicht. Wenig später dampfte die Erbswurstsuppe, und als Hauptmahlzeit wurden Spaghetti mit Tomatensoße ausgegeben. In der Glut der Feuerstellen wurden noch Kartoffeln geschmort. Zum Umrühren der Suppe hatten wir aus Ästen Quirle fabriziert, die gleichzeitig zum Aufspießen der Kartoffeln dienen. Alles was gekocht worden war, wurde restlos verspeist, und es bestand allgemein die Meinung, daß es vortrefflich geschmeckt hatte. Anschließend wurde der Abwasch noch an Ort und Stelle vorgenommen.

Wir alle waren sehr zufrieden, daß es so gut geklappt hatte. Sinn und Zweck dieses Kochens war, wie bereits eingangs erwähnt, auszuprobieren, wie man am besten und schnellsten eine Feuerstelle im Freien herrichtet, um eine Mahlzeit aus Notstandsvorräten zubereiten zu können.

Am Schluß dieser praktischen Übungen forderten die Lehrgangsteilnehmerinnen, daß dieses Primitiv-Kochen auch auf den Landesschulen praktiziert werden sollte, was inzwischen bei einigen Landesschulen schon mit Erfolg geschehen ist. Nur bei der eigenen praktischen Übung lassen sich Erkenntnisse sammeln, die als Ratschläge in der Aufklärungsarbeit an die weibliche Bevölkerung weitergegeben werden können.

Ingeborg Schaake





**DRK-Präsident
Ritter von Lex
vollendete
sein 70. Lebensjahr**

Es ist gewiß kein Zufall, daß die drei Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes nach dem Neubeginn — die Herren Dr. Geßler, Dr. Weitz, Ritter von Lex, und auch der Vorsitzende des Präsidialrats Dr. Ehard sei dabei genannt — aus dem hohen Staatsdienst kamen, zugleich durch ihre frühere Tätigkeit schon vielfältig mit dem Dienst an der Menschlichkeit sowie der freiwilligen Hilfe verbunden. Beides gab für ein Wirken an der Spitze des Roten Kreuzes wichtige Voraussetzungen, vor allem große Unabhängigkeit des Urteils und des Handelns.

Bei Staatssekretär a. D. Hans Ritter von Lex kam noch hinzu, daß er durch das langjährige Amt des Staatssekretärs im Bundesinnenministerium aufs engste mit den modernen Aufgaben der Vorkehrungen für Katastrophenschutz, der Maßnahmen gegen neue Kriegsgefahr, für staatsbürgerliche und humanitäre Tätigkeit vertraut war. International geachteter Jurist und warmer Menschenfreund, hatte er zugleich einen Ruf als Organisator, der vieles nach dem Kriege aus dem Nichts hatte schaffen helfen. Selbstloser Einsatz, Kühnheit und Initiative kennzeichneten schon den jungen Kriegsfreiwilligen von 1914, der für beherzte Tat aus eigenem Entschluß in der Sommeschlacht die höchste bayrische Auszeichnung mit dem persönlichen Adel erhielt.

Nach dem Hitler-Zusammenbruch hatte er zu den Gründern der neuen Christlich-Sozialen Union und zu denen gehört, die vom Nullpunkt an in Bayern eine neue Verwaltung aufbauten. Vom Staatsministerium in München 1949 ins junge Bundesinnenministerium in Bonn geholt, hat er als Staatssekretär dort viele wichtige Gesetze und große organisatorische Leistungen schaffen helfen, vom Bundesgrenzschutz und Verfassungsschutz bis zu den Plänen für Bevölkerungsschutz und zivile Notstandsplanung, vom Bundesjugendplan bis zur Bundeszentrale für Heimatdienst. Aus intimer Kenntnis aller Schwächen des Weimarer Staates interessierte er sich stets besonders für staatsbürgerliche Bildung und Mitarbeit. Als er, hochgehört, 1961 in den nach zweijährigem Aufschub beamtenrechtlich unausweichbaren Ruhestand trat, war es klar, daß dieser bei aller Aktivität doch stets Ruhe und Vertrauen ausstrahlende Mann noch keinesfalls in den Stillstand treten würde.

Am 27. Mai 1961 erfolgte mit der einstimmigen Wahl zum Präsidenten des Roten Kreuzes das, was man ohne Verringerung des Vorhergehenden die Krönung des Lebenswerkes für Ritter von Lex nennen kann.

Bei internationalen Hilfsaktionen wie auch bei Katastrophen im eigenen Land entwickelte der alterfahrene Organisator seinen Sinn für Praxis: von der Hamburger Sturmflut bis jüngst zum Erdbeben in Skopje. Hier verbanden sich Sachkenntnis für öffentliche Sicherheit und mitmenschliche Hilfsbe-

reitschaft, die es ablehnte, etwa nur Durchgangsstelle für Spendengelder zu sein, die vielmehr möglichst direkten aktiven persönlichen Beistand anstrebte. Es ging dem Präsidenten dabei immer darum, die Helfer zum unmittelbaren Erleben ihres Liebesdienstes zu bringen.

Daneben steht die ständige unauffällige stille Wohlfahrtsarbeit, die soziale Tätigkeit, namentlich die der Frauen, die Krankenpflege, und hier die Leistung der Schwesternschaften, seinem Herzen besonders nahe. Der Rotkreuz-Präsident hält mit Recht diese Gebiete gerade deshalb für besonders vordringlich, weil in ihnen die Hilfe im Alltag obwaltet — völlig „uninteressant“, ohne je in die Schlagzeilen der Presse zu gelangen. Ihm erscheint die Freiwilligkeit der Wohlfahrtsarbeit der weiblichen und männlichen Bereitschaften so enorm wichtig, weil sie den freiwilligen Helfer als Menschen in den Mittelpunkt rückt und mit ihm eigentlich die lebenden Garanten für die Unabhängigkeit schafft.

Über das ihn immer aufs neue tief bewegende, stets beschäftigende Thema der Gefahren im Atomzeitalter sagte er, das Rote Kreuz habe seit je die Aufgabe gehabt, dem hilflosen Menschen beizustehen. Hier liege die moralische Wurzel der Aufgabe, auch gerade im zivilen Bevölkerungsschutz, dem Luftschutzhilfsdienst, dem Betreuungsdienst sowie dem Lenkungs- und Sozialdienst mit aller Kraft mitzuarbeiten. Wie, das bleibe noch zu klären.

Noch ein anderes charakteristisches Wort zu demselben Themenkreis: „Ich habe aus dem unmittelbaren Erleben der grausigen Materialschlachten des ersten Weltkrieges eine Vorstellung davon, was ein neuer Krieg mit seinen neuen Waffen, auch wenn er nur lokal geführt würde, nicht nur der kämpfenden Truppe, sondern auch den zum Schutz der Zivilbevölkerung eingesetzten Hilfsorganisationen auferlegen würde.“ Entsprechend hoch müßten, so lautet eine der Forderungen, die Anforderungen bei Ausbildung der Führer, Unterführer und Einsatzkräfte des Roten Kreuzes sein. „Wir hoffen inbrünstig, daß wir von einem Krieg, dieser grausamsten Krise der Menschheit, verschont bleiben. Aber wir haben die Pflicht, alles zu tun, um Vorsorge zu treffen.“

Dem Rotkreuz-Präsidenten liegt alles Pathetische fern. Genaue Beobachter seiner Arbeitsweise bezeugen, daß er bis zu einem gewissen Grade sein eigener Referent sei, da er alle Details kenne. „Ein ritterlicher Mann des inneren Gesetzes“, lautete einmal der Versuch einer Deutung des Namens von Lex. Der Persönlichkeit und dem obersten Repräsentanten des Deutschen Roten Kreuzes galten zum 27. Oktober, der Vollendung des 70. Lebensjahres, viele aufrichtige Ehrungen, viel Dank, viele gute Wünsche für ihn selbst und sein Wirken. Hans Wendt



Landesstellen berichten

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Das Echo der Fahrbaren Ausstellung in der Presse

Die Anwesenheit der Fahrbaren Ausstellung des BLSV „Unser Selbstschutz“ in Flensburg, Kiel, Neumünster und Lübeck gab Veranlassung zu der Frage, wie in der Presse nach der vor kurzem gegen den BLSV vom SPD-Pressedienst vorgetragenen Kritik — nicht zuletzt an dessen Werbung — die Ausstellung aufgenommen würde.

Das „**Flensburger Tageblatt**“ brachte in einem zweiseitigen Artikel unter der Überschrift „BLSV-Wanderausstellung zeigt Möglichkeiten des Selbstschutzes“, eine eingehende Besprechung über das Vorhaben und berichtete unter der Schlagzeile „Selbstschutz ist Sache der ganzen Bevölkerung“ über die Eröffnung der Ausstellung. Das Tageblatt schrieb u. a.:

„... Die Ausstellung des BLSV hatte schon vor der Eröffnung am Sonnabend einen Teil ihres Zweckes erfüllt: Viele Firmen und Industriebetriebe haben auf die Ausstellung hingewiesen und den BLSV außerdem praktisch unterstützt, indem sie Schaufenstertypen usw. zur Verfügung stellten. Auch die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Behörden der Stadt sowie mit der Bundeswehr klappte großartig. Gerade die Zusammenarbeit aller Stellen sei ja ein wesentliches Ziel des Selbstschutzes, in dessen Mittelpunkt der Gemeinschaftsgedanke stehe, erklärte man dazu im BLSV...“

Auch die in Flensburg erscheinende „**Süd-schleswigsche Heimatzeitung**“ wies in dem Beitrag „Luftschutzausstellung soll aufklären“ auf die Wichtigkeit dieser Einrichtung des BLSV hin und unterstrich ihre Einstellung mit der Schlagzeile „Wer Selbstschutz kennt, hat eine Chance — Jeder sollte die Ausstellung auf dem Marienkirchhof besuchen“. Der letzte Absatz ist überschrieben „Dann ist es zu spät“ und beinhaltet die eindringliche Mahnung, sich mit dem Selbstschutz zu befassen und sich hierzu durch die Ausstellung anregen zu lassen. Weiter heißt es:

„... Diese Ausstellung gibt nicht nur Auskunft über Möglichkeiten, die man zum eigenen Schutz beherzigen sollte. Über den Bildschirm eines Filmwagens laufen Streifen, die erschreckend realistisch schildern, welche verheerenden Folgen ein Angriff aus der Luft haben kann, wenn die Bevölkerung ihm völlig unvorbereitet ausgesetzt ist. Man muß diese Ausstellung gesehen haben.“

Die positive Einstellung dieser Zeitung zeigte sich anschließend auch bei dem Bericht über eine Aufklärungsveranstaltung des BLSV in Keitum (Sylt), den sie überschrieben hatte „Bevölkerungsschutz und Deichschutz gleich wichtig“.

Hatte die „**VZ-Kieler Morgenzeitung**“ noch am 15. August 1963 durch Übernahme eines Artikels des SPD-Pressedienstes den

BLSV in Grund und Boden verdonnert, als sie schrieb „Luftschutz besteht nur aus Verwaltung“, so kommentierte sie das Ausstellungsunternehmen in Kiel mit der Schlagzeile „Selbstschutz tut not“.

Diese fördernde Haltung wurde bestätigt dadurch, daß während der Dauer der Ausstellung in einem Schaufenster der „VZ“ die Plexiglasmodelle der Landesstelle gezeigt wurden.

Über die Ausstellung in Neumünster berichtete die „VZ-Kieler Morgenzeitung“: „... Genauso wie die Kenntnisse über die Technik und ihre Gefahren heute schon Allgemeingut der zivilisierten Menschheit geworden sind, zwingt uns die Entwicklung der Atomenergie, uns mit ihr zu befassen, ihre Gefahren kennenzulernen und jede mögliche Maßnahme zu treffen, um sie zu verringern.“

Bei Anwendung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken ist der Schutz der Menschen und ihrer Umwelt durch gesetzlich vorgeschriebene Maßnahmen gesichert. Anders ist es bei Katastrophen, die durch Anwendung von Kernwaffen hervorgerufen werden. Der Schutz ist dann weitgehend Sache eines jeden einzelnen. Von öffentlichen Einrichtungen kann man nur eine allgemeine Hilfe erwarten. Bei oberflächlicher Betrachtung ist man leicht geneigt, den Gesamtkomplex Luftschutz mit einer Handbewegung abzutun. Die Begründung: Ein Atomkrieg führt doch zur völligen Vernichtung der gesamten Bevölkerung. Daß dem aber nicht so ist, macht die Ausstellung auf dem Kleinflecken deutlich...“

In anerkennender Weise berichteten auch die Lübecker Tageszeitungen über die Selbstschutzausstellung in der alten Hansestadt. Der „**Lübecker Morgen**“ schrieb:

„... Die Ausstellung, die bisher in Flensburg, Neumünster und Kiel mit großem Erfolg gezeigt wurde, will Antwort auf die vielen Fragen geben, die im Zusammenhang mit dem Aufbau des zivilen Bevölkerungsschutzes immer wieder gestellt werden.“

Das Kernstück der Ausstellung ist daher dem Selbstschutz der Zivilbevölkerung gewidmet.“

BAYERN

Helfer sein heißt bereit sein

Ob man die Bezeichnung Helfer im BLSV oder Helfer im Selbstschutz wirklich verdient, das weist keine Urkunde aus, sondern einzig und allein die stete Einsatzbereitschaft und im Notfall die helfende Tat. Die BLSV- und Selbstschutz-Helfer der Orts- und Kreisstelle Deggendorf haben es immer wieder bewiesen, daß sie tatsächlich Helfer sind. So haben sie sich u. a. durch eigene, unermüdete Arbeit ein Übungsgelände für ihre praktische Ausbildung geschaffen, und sie lassen keine Gelegenheit ungenutzt vorübergehen, um der breiten Öffentlichkeit zu beweisen, daß sie sich die Bereitschaft und Fähigkeit zu helfen erworben haben.


Eine Schau-Übung dieser Dienststelle führte unlängst eindrucksvoll vor Augen, was ehrenamtliche Helfer zu leisten vermögen. Zwölf Schaubilder demonstrierten vor der eigentlichen Übung an eindrucksvollen Einzelbeispielen das Leistungsvermögen der im Selbstschutz eingesetzten Menschen und der zur Verfügung stehenden Geräte. Die Übung selbst zeigte nach einer angenehmen Naturkatastrophe die Selbstschutzkräfte eines Betriebes und schließlich die drei Staffeln eines Selbstschutz-Zuges sowie Kräfte des Technischen Hilfswerkes und des Bayerischen Roten Kreuzes in der Hilfeleistung beim Einsatz.


Zweimal wurde diese Übung vorgeführt, am ersten Tage den Orts- und Kreisstellenleitern aus Niederbayern, die anlässlich einer Tagung in Deggendorf anwesend waren, sowie den Gemeindegruppen- und Gemeindestellenleitern aus dem Bereich der Kreisstelle. Kritische Zuschauer waren außerdem Landesstellenleiter Dr. Walberer und die Bezirksstellenleiter Sporrer (Oberbayern) und Zimmermann (Niederbayern). Am zweiten Tage wohnten der Deggendorfer Oberbürgermeister, der Landrat des Landkreises Deggendorf mit seinen Kreisräten und zahlreiche Bürgermeister der zum Landkreis gehörenden Landgemeinden der Übung bei.


Für die Sicherheit


Geräte für Licht
und Kraft
von

Eisemann


 Rundumkennleuchten
schaffen freie Bahn

 Stromerzeuger
für Werkzeuge,
Beleuchtung
und Funk

 Kabeltrommeln
für rasche
Stromzuführung

 Scheinwerfer
für das Ausleuchten
von Unfallstellen

 Batterie-
Handscheinwerfer
zum Warnen und
Signalgeben

 Batterie-
Handleuchten
für Kontrollgänge

 Batterie-
Ladegeräte
für die Betriebs-
bereitschaft der Fahr-
zeuge

Bewährt
in unzähligen
Einsätzen

Vertrieb über die
BOSCH-Verkaufs-
organisation und
den Fachhandel

EISEMANN GMBH.
STUTTART W

NIEDERSACHSEN

Frauenarbeit im Bundesluftschutzverband

Nach der Sommerpause hatte die Ortsstelle Göttingen zu einer Arbeitsgemeinschaft „Frau“ eingeladen.

Ortsstellenleiter Faatz eröffnete die Tagung und stellte Frau Faber, die neue Frauensachbearbeiterin der Ortsstelle, vor, die in Zukunft die Frauenarbeit auf Orts-ebene leiten werde. Er umriß die Aufgaben dieser Zusammenkünfte und sprach zum Schluß den Wunsch aus, daß dieser Kreis von BLSV-Helferinnen sich in einem guten Kontakt untereinander und zur Ortsstelle in ein Gebiet hineinarbeiten möge, dessen Ergebnisse dann später der gesamten Frauenarbeit im Bereich der Ortsstelle zugute komme.

Der Ausbildungsleiter trug in seinem Referat dazu bei, daß die neuhinzugekommenen Helferinnen die derzeitige Situation erkannten. Wo die Aufgaben der Frau in der Familie, in ihrem engsten Lebenskreis beginnen, da muß auch die praktische Arbeit der Frau im Selbstschutz einsetzen. Hier müssen Grundlagen und Richtlinien geschaffen werden, die nur aus einer guten Zusammenarbeit verantwortungsvoller Frauen und Mütter erwachsen können. Frau Faber sprach dann über die praktische Winterarbeit des Kreises. Die Arbeitsgemeinschaften sollten nicht nur „dienstlich“ ablaufen, sondern auch einen persönlichen Kontakt untereinander ermöglichen.

In den nächsten Zusammenkünften sollten folgende Themen vorgetragen, diskutiert und gemeinsam erarbeitet werden:

1. Warum Frauenarbeit im BLSV?
2. Frauenarbeit im Ausland.
3. Ausstattung eines Schutzraumes von seiten der Frau.
4. Lebensmittelbevorratung / Zubereitung von Nahrungsmitteln im Schutzraum.
5. Arzneimittel und Verbandmittel.
6. Kenntnisse der Frau in Erster Hilfe, Geburtshilfe und Krankenpflege (dazu sollen gehört werden: eine Ärztin, Hebamme und Krankenpflegerin).
7. Beschäftigung von Menschen jeden Alters für längere Zeit im Schutzraum (Vortrag einer Kindergärtnerin).

Die anwesenden Damen, angeregt durch die drei Referate, schlugen vor, zum nächsten Treffen noch andere Frauen und Mädchen mitzubringen. So vermittelte dieser Abend den Eindruck, daß die Themenstellung „Praktische Frauenarbeit im BLSV“, unter der diese Zusammenkunft geplant wurde, die Frauenarbeit in Göttingen einen weiteren Schritt vorwärtsgebracht hat. Gerda Mazarin

Die Zeitschrift „Zivilschutz“, Koblenz, brachte in ihrer November-Ausgabe:

Min.Rat Opalka: Vom LSHD zum Zivilschutzkorps und Zivilschutzdienst

Reg.Dir. Barbrack: Mehr Stabilität für den Luftschutzhilfsdienst — Aufklärung tut not

Reg.Rat Handwerk: Der Aufbau des überörtlichen LSHD in Hessen

Branddir. a. D. Klinkmüller: Wasser, das klassische Löschmittel, sein Vorkommen, seine Gewinnung und Verteilung

Die Industrie teilt mit

Dr. Bauer: Gedanken über Grundlagen und Durchführung der Dekontaminierung (Forts.)

H. Molitz: Über die günstigste Wahl der Schutzbaustärken

Luftkrieg und Landesverteidigung / Patentschau / Schrifttum

HAMBURG

Sonderschau des BLSV und Pressekonferenz

Durch Hamburgs bekannte Frauenausstellung „Du und deine Welt“ bot sich dem Bundesluftschutzverband die Gelegenheit, mit einem Ausstellungsstand für den Selbstschutz zu werben.

Das Grundthema der Sonderschau lautete: „Die Frau im Selbstschutz“ unter dem Motto: Im Wohlstand an den Notstand denken. Dazu gehören natürlich die Lebensmittelbevorratung, Erste Hilfe und Laienhilfe, Hausapotheke, Dokumentensicherung und eine Zusammenfassung der Aufgaben der Frau im Selbstschutz.

Nach der Eröffnung der Ausstellung fand im Hotel Ehmke eine große Pressekonferenz statt, zu der alle namhaften Zeitungen Hamburgs, der Rundfunk und das Fernsehen erschienen waren. Ministerialdirektor Thomsen nahm zu allen von den Journalisten aufgeworfenen Fragen Stellung und gab seine Pläne bekannt.

In umfangreichen Artikeln nahm die Presse Hamburgs von dieser Pressekonferenz Notiz. Auch der Rundfunk — NDR, Umschau am Abend — brachte eine Reportage auf UKW Nord und München.

H. Waltreiteit

SAARLAND

Ehrung für Luisenthal-Hilfe

In Würdigung seiner Verdienste beim Einsatz der BLSV-Helfer zur Hilfeleistung anlässlich der Grubenkatastrophe von Luisenthal am 7. Februar 1962 wurde dem Ortsstellenleiter Claus Schwinger (Ortsstelle Völklingen) am 5. November 1963 bei einem Helferabend durch den 1. Vorsitzenden des Bergmannsvereins Luisenthal — zugleich auch im Auftrage der Grubenverwaltung — eine Ehrenurkunde mit der Ernennung zum Ehrenmitglied des Bergmannsvereins Luisenthal überreicht.

Ehrenmitglieder des Bergmannsvereins Luisenthal aus dem gleichen Anlaß sind u. a.: Ministerpräsident Dr. Franz-Josef Röder; Ministerpräsident a. D. Heinrich Welsch in seiner Eigenschaft als Präsident des DRK-Landesverbandes Saar; Generalmajor J. V. Edmondson und Colonel Krebs (beide amerikanische Luftwaffe), Major Schwalm (Fallschirmjäger-Batl. Lebach) und der evang. Pfarrer Heinz (Völklingen).

NORDRHEIN-WESTFALEN

Zur Mitarbeit im Selbstschutz bereit!

Eine unerwartet hohe Besucherzahl konnte die BLSV-Ortsstelle Homberg/Ndrh. auf ihren vier Vortragsabenden vor Angehörigen der sogenannten Weißen Jahrgänge verzeichnen. Zu den Veranstaltungen, die in der Aula des Städtischen Gymnasiums durchgeführt wurden, waren jeweils 220 junge Männer erschienen. Zu den in der Volksschule am Hochheider Markt stattgefundenen Veranstaltungen mußten des starken Besuches wegen noch zusätzlich Stühle herbeigeschafft werden. Die jungen Männer wurden von Stadtdirektor Dringenberg und dem Leiter des Ordnungsamtes, Stadtoberinspektor Faustmann, begrüßt.

Das Hauptreferat hielt Kreisstellenleiter Gramberg. Er wies darauf hin, daß es notwendig ist, bereits in friedlichen Zeiten vorsorglich Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, die Zivilbevölkerung zu schützen und Hilfs- und Rettungsmaßnahmen zu ermöglichen, falls es einmal erforder-

lich werden sollte. Das gelte nicht nur für den Verteidigungsfall, sondern auch für mögliche Katastrophenfälle in Friedenszeiten.

Der zivile Bevölkerungsschutz stelle alle vor ernste und schwierige Probleme. Falls die Bevölkerung nicht bereit sei, beim Aufbau des Selbstschutzes tatkräftig mitzuarbeiten, drohe im Verteidigungsfall ein unvorstellbares Chaos; denn alle Maßnahmen der Bundesregierung werden stets nur unzulänglich bleiben, solange die Bevölkerung beim Aufbau des Selbstschutzes nicht mitarbeite.

Die Angehörigen der sogenannten Weißen Jahrgänge, die nicht zum Wehrdienst, sondern zum zivilen Bevölkerungsschutz herangezogen werden sollen, wurden zur Mitarbeit aufgefordert. Es wurden ihnen die Aufgaben aufgezeigt, die den Helfern im Selbstschutz gestellt werden. Sie erhielten Auskunft über Art und Dauer der Ausbildung und über die verschiedenen Möglichkeiten des Einsatzes.

Wenn auch auf allen Veranstaltungen einige der Teilnehmer es ablehnten, freiwillig eine Aufgabe im Selbstschutz zu übernehmen, so haben doch die meisten der Erschienenen die Notwendigkeit eines Zivilschutzes erkannt, und die Zahl derjenigen, die sich freiwillig zur Mitarbeit bereit erklärten, war erfreulich hoch.

Deutsche Einheits-
Krankentrage
DIN 13024 Stahlrohr-
oder Leichtmetall-
Ausführung längs-
seits zusammenleg-
bar und in der Mitte
klappbar



Bestell-
Nr. 152

W. Söhngen GmbH., Wiesbaden
Postfach 580

Wo fehlt eine?
Schreibmaschinen-Großangebot.
Neueste Modelle. Garantie.
Kundendienst. Kleine Raten.
Kein Risiko, da Umtauschrecht.
Stets preisgünstige Sonderposten.
Fordern Sie Katalog M 26 gratis.
Deutschlands größtes
Büromaschinenhaus
NÖTHEL
GÖTTINGEN, Postfach 601

Einbanddecken

für Jahrgang 1963, Halb-
leinen, mit Rückenprägung

Preis DM 2.50 zuzügl. Porto

Auslieferung:
Ende März 1964

Bestellungen erbeten bis
29. Februar 1964

Münchner Buchgewerbehaus GmbH

8 München 13
Schellingstraße 39/41